

Der FUNK

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung in Folge höherer Gewalt oder Streiks teils Auspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zusätzlich Zustellgebühr Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit

Redaktion und Verlag: Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7 Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 804 60 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.).

NUMMER 321 A

BERLIN • Sonntag, den 12. Februar 1933

2. JAHRGANG

Die Entmündigung des Volkes.

Dringender Appell!

Hr. Die Reaktion ruft nach Autorität. Nach Autorität in der Staatsführung: Sie beansprucht und nimmt sich Vollmachten, die keine Kritik an ihren Taten zulassen und sie der Nötigung entheben, Rechenschaft über diese Taten abzulegen. Die Auflösung einer kleinen Versammlung mit der ausdrücklichen Begründung, daß sie Kritik an der Regierung geübt habe, und der Erlaß einer Notverordnung, die — ebenfalls ihrem eindeutigen Wortlaut nach — den Spruch des Staatsgerichtshof wie eine Bagatelle beiseite schiebt, sind unverkennbare Zeichen einer Diktatur, die ihre Forderungen nur mit dem Anspruch der Autorität, nicht aber mit Vernunftgründen zu decken vermag, und die es darüber hinaus nicht duldet, daß an diesem Autoritätsanspruch mit Vernunftgründen gerüttelt wird. Tag für Tag sind die Zeitungen voll von ähnlichen Beispielen.

Gerade hierin liegt das Entwürdigende der Zustände, die heute das öffentliche Leben beherrschen. Die Ungerechtigkeit einer einzigen Regierungsmaßnahme kann in den von ihr Betroffenen wohl Empörung und Abwehr hervorrufen, vielleicht auch das niederdrückende Gefühl der Ohnmacht einem an äußerer Macht überlegenen Gegner gegenüber;

aber Ekel und Scham darüber, dieser Gesellschaft anzugehören, muß es in einem frei denkenden Menschen erwecken, wenn zu der äußeren Unterdrückung die Knebelung des Denkens, der Zwang zur kritiklosen Unterwerfung unter das Unrecht tritt.

Freilich: Ist die Unterbindung der öffentlichen Kritik und die Verweigerung jeder ernsthaften Rechenschaft schon eine Knebelung des Denkens? Gewiß nicht unmittelbar. Und doch wird niemand, der offene Augen hat für die fortschreitende Beschränkung der Meinungsfreiheit, sich leichtthin an den alten Trost halten: „Ihr könnt das Wort verbieten, ihr tötet nicht den Geist.“ Zu groß ist die Versuchung zu Feigheit und Kriecherei, die von dem Verbot der freien und öffentlichen Verständigung über die bestehende Ordnung ausgeht, zu lähmend auch die Sinnlosigkeit, sich selber zwar ein unvoreingenommenes Urteil bilden zu dürfen, aber nicht einmal die Freiheit zu haben, dieses Urteil in einer öffentlichen Diskussion der Prüfung durch Gründe und Gegengründe zu unterwerfen.

Es bleibt allerdings richtig, daß diese Versuchungen, sich die Freiheit des Denkens rauben zu lassen, nicht unüberwindlich sind und daß sie daher der Reaktion

keinen sicheren Schutz vor der Gefahr bieten, das die Einsicht in das Unwürdige der Autoritätsdiktatur immer mehr Menschen zum Kampf gegen die Willkürherrschaft drängt.

Das wissen die heutigen Vertreter der Autoritätspolitik, und sie haben daher zu einem weiteren, wirksameren Schlag gegen die Geistesfreiheit ausgeholt. Die Forderung nach Autorität erschallt nicht nur auf dem Gebiet der Staatsführung, der Gesetzgebung für Presse und Versammlungen; mit mindestens dem gleichen Nachdruck, wenn auch unter ungleich geringerer Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, wird sie für die Erziehung geltend gemacht. Selbst das Abschiedsgeschenk, mit dem der kürzlich abgeschobene preußische Kultusminister seinem Nachfolger den Weg ebnete, verbürgte die Einführung von „Zucht und Gehorsam“ in den Schulen. Solche Schritte sind in der Tat geeignet, nicht nur die freie Äußerung der Gedanken, sondern darüber hinaus die freie Entwicklung des eigenen Denkens zwangsweise zu verhindern. Während die Autorität, die an die Stelle der freien Meinungsäußerung tritt,

ein Volk dazu erniedrigt, sich wie Unmündige behandeln lassen zu müssen,

dient die Durchsetzung der Autoritätsforderung in der Erziehung unmittelbar dazu, das Mündigwerden der jungen Menschen zu verhindern und damit

das Volk im Zustand der Unmündigkeit zu erhalten.

Ist das so schwarz gesehen? Wir brauchen, um das zu prüfen, uns nur vor Augen zu führen, was der Grundsatz der Autorität für die Erziehung besagt. Er verlangt die Erweckung von Gehorsam, das heißt der unbedingten Unterwerfung des zu Erziehenden unter die Befehle seines Erziehers und Lehrers. Ein Mensch, der sich entschlossen hat, einem anderen zu gehorchen, hat damit also die Entscheidung über sein eigenes Handeln einem andern überlassen, und zwar blindlings und ohne jede Kritik. Denn wenn er sich selber eine Kritik der an ihm ergehenden Befehle vorbehält, dann ist nicht mehr der Befehl, sondern sein eigenes Urteil über den

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

W-er. Wir veröffentlichen an anderer Stelle heute den „Dringenden Appell“ einiger Menschen aus den verschiedensten politischen Lagern und wollen hier in Kürze einige Einwände gegen diese Forderung zurückweisen.

Zunächst die von Parlamentariern:

Erster Einwand: Hellmut von Gerlach schreibt im „Dortmunder Generalanzeiger“, man könne bei der Eigenart des deutschen Wahlgesetzes unter Umständen sogar noch ein Mandat verlieren. Das ist, abstrakt gerechnet, richtig, wenn man nicht bedenkt, daß bei gemeinsamen Listen die Stimmzettel für die beiden Arbeiterparteien, die für diesen Fall eine sind, enorm steigen wird, und daß also der Verlust eines Mandats mehrfach aufgewogen wird, ganz abgesehen davon, daß dieses Mandat nur unter ganz außergewöhnlich ungünstigen Umständen überhaupt verlorengehen kann.

Zweiter Einwand: Man kann es den Arbeitern nicht zumuten, jeweils Männer der andern Partei zu wählen. Beispielsweise Kommunisten Severing oder Sozialdemokraten Thälmann.

Wenn man den Arbeitern klar macht, was sie heute jeden Tag erleben, daß sie in Gefahr stehen, umgebracht zu werden wie junge Katzen, dann werden sie die Zumutung, eine gemeinsame Arbeiterliste zu wählen, wahrscheinlich leichten Herzens überstehen, umso mehr, als sie ja auch ihre eigenen Parteigenossen mitwählen.

Dritter Einwand: Wen soll man auf die Listen setzen?

Am besten die, die bisher in der Bekämpfung der andern Partei am meisten sachlich geblieben sind. Man hat es der SPD beigebracht, daß sie Herrn Noske z. B. nicht einmal SPD-Arbeitern mehr präsentieren kann. Unmöglich würde die Einheitsfront daran scheitern, daß man keine Menschen innerhalb der SPD mehr findet, die für Kommunisten wählbar sind und umgekehrt.

Die zweite Gruppe von Bedenken

entstammt den Reihen der sogenannten Realisten. Sie meinen zum Beispiel,

vierter Einwand: der Reichstag würde nach dem 5. März so wenig gefragt werden, wie vorher, und man erwecke also unnötige Illusionen über die Bedeutung der Reichstagswahl. Diese Einwand-Erheber müssen wir bitten, zu lesen, und zwar ausdrücklich zu lesen, damit sie diesen Einwand, der nur ihrer eigenen Verlegenheit entspringt, wenigstens in Zukunft sein lassen. Es heißt

„endlich einen Schritt zu tun zum Aufbau einer einheitlichen Arbeiterfront, die nicht nur für die parlamentarische, sondern auch für die weitere Abwehr notwendig sein wird“.

Das heißt also in ganz dürren Worten: Das Zusammengehen der beiden Parteien am 5. März soll einen Schritt bedeuten zum Aufbau der weiteren Einheitsfront für die außerparlamentarischen Aktionen der Arbeiterschaft. Gerade wenn man, wie die meisten sozialistischen Politiker, und mit Recht, damit rechnet, daß im kommenden Reichstag die Arbeiterparteien noch weniger gefragt werden als vorher, dann ist es nötig,

die Verantwortung für die Ausschaltung und für die Sabotage des Parlaments dem anderen zuzuschieben.

Gerade in Hinsicht auf die Möglichkeit der Sabotierung des Reichstags aber ergeben sich hier noch viel erheblichere Vorteile:

Man spricht davon — und nach den glaubensmäßigen Festlegungen des derzeitigen Reichskanzlers gegen den Marxismus, die er sogar mit „Amen“ abschließt, erhält diese Möglichkeit einen hohen Grad von Wahrscheinlichkeit —, daß die

kommunistische Partei verboten

werden soll, und zwar so, daß ihre Mandate einfach gestrichen werden, sodaß auf diese Weise eine Mehrheit für die Regierungsparteien herauskommt. Gerade ein solches Verbot würde der Reaktion erschwert werden, wenn die linke Arbeiterschaft nur eine Liste hat. Riskiert die Reaktion das Verbot auch dieser Liste oder die Kassierung dieser Mandate,

dann schweift sie die Arbeiterschaft geradezu zu einem Protestblock zusammen.

AUS DEM INHALT:

**Wahlpropaganda mit Zollerhöhungen.
Siedler-Schicksale im Junker-Staat.
Solidarität mit den Toten.
Autorität und Wunderglaube.
Rote Eiserne Front in Harburg.
SA mordet, sprengt und plündert.**

Bleiben die Heerhaufen getrennt und der eine wird verboten, dann ist die Verwirrung da. Ein Teil der kommunistischen Wähler wird nicht (wie ein kommunistischer Schema-Gläubiger mir heute brieflich erörtert, dessen Gedanken durch die Albernheiten der Hegelschen Dialektik in Klammern gelegt worden sind) zusammen mit den Sozialdemokraten den Boykott des faschistischen Parlaments beschließen (was an sich diskutierbar wäre), sondern er wird, da er nicht KP wählen kann, SP wählen; ein Teil der sozialdemokratischen Arbeiter wird, verzweifelt über die gleichsam scheinweise der Arbeiterschaft beigebrachte Niederlage, zu Hause bleiben. Der kommunistische Genosse täuscht sich wie ein großer Teil seiner engeren und weiteren Parteifreunde darüber, wie schnell jemand aus Erfahrungen lernt, und — wenn er schon lernt — das Richtige lernt. Was heute der Arbeiterschaft Auftrieb geben kann, ist überhaupt nicht das Rechenexempel mit parlamentarischen Stimmen. Längst hat sich herumgesprochen, daß im Parlament eines kapitalistischen Staates die Arbeiterinteressen erst zu allerletzt befriedigt werden. Wer also meint, durch eine gemeinsame Liste würde im Reichstag irgend etwas zustandekommen, was unmittelbar sozialistische Forderungen erfüllen hieße, ist natürlich ein grenzenloser Illusionist.

Die gemeinsame Liste aber bringt gefühlsmäßig jedem Anhänger der deutschen Arbeiterbewegung klar zum Ausdruck: Die Führer der Parteien haben begriffen, daß heute Getrennt-Marschieren Getrennt-Angegriffenwerden bedeutet und also (bei der Stärke der anderen): Getrennt-Verprügeltwerden.

Heute kommt alles darauf an, die getrennt marschierenden Heerhaufen der Arbeiterschaft zusammenzufassen, weil jeder für sich zu schwach ist, der Reaktion zu begegnen. Es ist gerade der offen und zynisch eingestandene Zweck der Zentrums politik gewesen, die Arbeiterschaft zu spalten, den rechten Teil an den kapitalistischen Staat so zu gewöhnen, als ob es sein Staat sei, und den linken außerhalb des Gesetzes zu stellen. Diese pfäffische Taktik stammt schon von den gelehrigen katholischen Schülern Wilhelm Marx und Heinrich Brüning. Diese Schwarzhäute und Intriganten ist die Arbeiterschaft endlich losgeworden. Jetzt muß sie dazu übergehen, auch ihr wahres Gesicht offen und großartig zu entwickeln. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen aus der Gemeinschaft der Weimarer Koalition auf dem Wege des Kampfes Schritt für Schritt in die Reihen der Arbeiter-Klassenfront zurückgeholt werden.

Einer dieser Schritte ist die gemeinsame Liste.

Viele andere Schritte hinterher sind der gemeinsame Schutz der Arbeiter vor Ueberfällen durch die SA-Mordkolonnen, der gemeinsame Schutz vor weiterem Lohnabbau, der gemeinsamen Aktionen gegen die Kriegsgefahr. Bei all diesen Schritten wird eine Revolutionierung der Arbeiterschaft erfolgen können und auch erfolgen. Durch bloßes Beschimpfen der reformistischen Führer als Reformisten und durch bloße Anprangerung der Hohlheit und Erfolglosigkeit kommunistischer Parolen wird kein Mensch revolutioniert, im Gegenteil, er wird politisch indifferent. Durch wirklich gemeinsamen Kampf (ohne alle Predigt) wird die Einheitsfront Schlag für Schlag zurechtgehämmert werden. Zurechtgeredet werden wird sie sicher nicht. Was kann also hindern, gemeinsame Listen aufzustellen? Bei ruhigem Nachdenken muß sich jeder Arbeiter und Arbeiterführer sagen: Schaden kann diese Aktion überhaupt nichts! Nutzen kann sie ungeheuer! Und wenn sie einigermaßen von Menschen mit gesundem Verstand durchgeführt wird, kann sie eine solche Belebung in die Reihen der Arbeiterschaft bringen, daß endlich mit eisernem Besen die Dumpfheit und die Zerrissenheit aus ihr herausgefegt werden.

Befehl für sein Handeln maßgebend. Dann aber ist selbst die Anerkennung des Gebotenen kein Gehorsam mehr; es liegt bestenfalls die Befolgung eines für gut befundenen Ratschlages vor.

Wer sich darauf einläßt, sich im Gehorsam dem Willen eines anderen zu beugen, der nimmt also dessen Befehle als verbindlich hin, ohne sich durch eigene Einsicht ein Urteil darüber zu bilden, ob diese Verbindlichkeit in Wahrheit besteht oder ihm nur suggeriert worden ist. Er hat damit an dem für ihn entscheidenden Punkt auf die Freiheit des Denkens verzichtet: in den Fragen nämlich, von denen die Entscheidung über sein eigenes Handeln abhängt.

Darin liegt die ungeheure Gefahr, die der Erziehung von der Erweckung des Gehorsams droht:

Wer es gelernt hat, zu gehorchen, hat eben damit gelernt, in seinem Handeln ohne Entscheidungen aus eigenem Denken und eigener Verantwortung auszukommen. Die Kraft zur Selbstgestaltung des eigenen Lebens ist in ihm verkümmert,

ja jeder Versuch, sie nachträglich in ihm zu wecken, ist verbaut durch die ihm in der Jugend eingehämmerte Vorstellung einer angeblichen Pflicht zum Gehorsam.

Mag die pädagogische Aufgabe, in der Erziehung ohne Befehle und ohne die Vorstellung der Pflicht zum Gehorsam auszukommen, noch so schwer sein, wer als Erzieher daran arbeiten will, Menschen mündig werden zu lassen und sie fähig zu machen, die Verantwortung für ihr Leben selber zu tragen, der steht vor dieser Aufgabe. Alles andere ist Dressur, die einem Menschen wohl zu einer reibungslosen Einordnung in eine von Willkür diktierte Gesellschaft verhelfen kann aber nur auf Kosten seiner Geistesfreiheit. Eine solche reibungslose Einordnung der heranwachsenden Generationen in das Reich des Faschismus, die erst die feste Grundlage zu der „autoritären Staatsführung“ liefert, ist das Ziel der Bemühungen, Zucht und Gehorsam in der Erziehung stärker und stärker zur Geltung zu bringen.

Was tun? Wie können wir heute diesen Schlag der Reaktion parieren, der darauf abzielt, die Quelle des Widerstands gegen ihre Diktatur zu verschütten?

Der Kampf um eine Erneuerung der Erziehung, der hier notwendig wird, ist selber in erster Linie eine politische, nicht eine pädagogische Aufgabe.

Es sind politische Mächte, die die Schule in ihren Dienst stellen und es bedarf daher auch der politischen Gegenwart, wenn die Möglichkeit einer Erziehung in Freiheit nicht für immer ausgeschaltet werden soll.

Die Lehrerschaft, der die Verteidigung der Geistesfreiheit unmittelbar am Herzen liegen sollte, verkennt in ihrem überwiegenden Teil — und zwar selbst dort, wo Lehrer ihre Erziehungsarbeit von der Krücke der Autorität lösen möchten — den politischen Charakter dieser Aufgabe. Daher ihr Versagen gegenüber dem Anschwellen der reaktionären Flut, wie es z. B. seinen Ausdruck findet in der fast widerstandslosen Hinnahme des Kehrreims vom Versailler „Diktat“, der in Thüringen den Unterricht jeder Schulwoche abschließt.

So bleibt denn der Kampf für die geistige Befreiung der vom Faschismus bedrohten oder bereits unterworfenen Völker auf denen liegen, die im Faschismus und Reaktion ihren politischen Gegner erkannt haben. Das sogenannte liberale Bürgertum hat vor diesem Gegner kapituliert; es widersteht ihm bestenfalls in Worten — sofern solche heute noch zulässig sind. Aber es kämpft nicht mehr.



Wer heute für Freiheit des Denkens fechten will, ja, wer sich auch nur anmaßt diese Freiheit im Ernst zu vertreten, der gehört an die Seite der kämpfenden Arbeiterschaft, an die Seite der Sozialisten. Und die Bedingungen, von denen der Erfolg dieses Kampfes abhängt, fallen daher zusammen mit denen, unter denen allein die unwürdige geistige Unterdrückung gebrochen werden kann, die heute mehr und mehr im öffentlichen Leben Gewalt gewinnt.

Daher auch im Namen der Geistesfreiheit: Schafft Einheit gegen den Faschismus!

die von „Privatpersonen“ nach Oesterreich „verkauft“ werden.

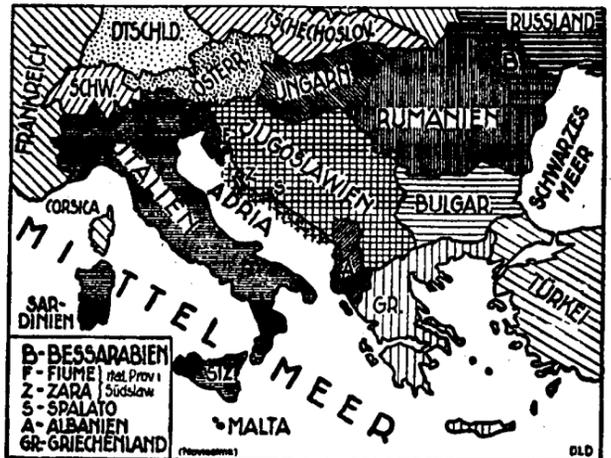
2. Dr. Anton Rintelen,

der als Vermittler zwischen Italien und den österreichischen Faschisten genannt wird,

ist Unterrichtsminister im Kabinett Dollfuß,

und hatte das gleiche Amt bereits im Jahre 1926 inne. Er ist einer der Mitbegründer der Heimwehren, erhielt, vielleicht für seine Verdienste in der Bewaffnung österreichischer Faschisten, im Jahre 1928 das „Große Ehrenzeichen am Bande für Verdienste um die Republik“ und, wahrscheinlich aus demselben Grunde, im Jahre 1930 das „Großkreuz der Krone von Italien“.

3. Die Zeit um das Jahr 1926 war, wie die heutige, eine Periode der raschen Verschärfung der Spannung zwischen Italien und Jugoslawien.



Für die Abscheidung Jugoslawiens ist nicht lediglich die österreichische Steiermark von Bedeutung, sondern auch das Gebiet der jugoslawisch-ungarischen Grenze; denn von Belgrad und Agram gehen Eisenbahnlinien über Budapest nach dem Westen. Waffenlieferungen der tschechischen Skoda-Werke an Jugoslawien müßten unter diesen Umständen den Umweg über Rumänien machen!

In dieser Beleuchtung gewinnt die Hirtenberger Affaire eine neue Bedeutung, und es ist auch verständlich, daß die Kleine Entente sich dadurch so in Aufregung versetzen ließ. Wie hinter fast jedem Ereignis der Außenpolitik der Großmächte, droht auch hinter den 28 Waggons Waffen das Gespenst des Krieges.

Dieses Gespenst nimmt immer drohendere Formen an; denn die Staaten, die hoffen, durch einen neuen Krieg zu gewinnen, ballen sich immer enger zu einer einheitlichen Front zusammen, zu einer faschistischen Front. Von Italien aus streckt der Faschismus seine Arme nach Deutschland und Ungarn, und während Frankreich und England versuchen, sich Oesterreich auf dem Wege über die Finanzen und durch Verträge zu kaufen, versucht Mussolini, durch Waffenlieferungen und sonstige Unterstützung der Faschisten Oesterreich für seine Front zu gewinnen.

Es kann noch einige Zeit in Anspruch nehmen, bis die Generale und Industriellen wieder zur Ausübung ihres Handwerks die Völker auf die Schlachtbank führen; es kann auch bald geschehen, wenn etwa ein Aufstand in Jugoslawien eine günstige Gelegenheit bietet. Die Front der Arbeiterfeinde schließt sich täglich enger zusammen.

Wann schließt die Arbeiterschaft die internationale Einheitfront gegen den Krieg?

Hirtenberg. / Zur Beleuchtung einer dunklen Affaire.

H.M. Die Angelegenheit des Waffenschmuggels von Italien nach Oesterreich und von dort nach Ungarn ist in Deutschland wenig erörtert und in ihrer Wichtigkeit keineswegs hinreichend gewürdigt worden.

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ deckte die Tatsache auf, daß Waffen über die italienisch-österreichische Grenze nach der Waffenfabrik Hirtenberg transportiert wurden, und die Anfragen, die die österreichischen Sozialdemokraten daraufhin an den Bundeskanzler Dr. Dollfuß richteten, ergaben in vielen Drehungen und Windungen, daß die österreichische Regierung von diesen Transporten wußte.

Die Ein- und Ausfuhr von Waffen und Munition ist Oesterreich durch den Friedensvertrag von St. Germain verboten. Die Kleine Entente griff darum die Angelegenheit auf, drohte, sie im Völkerbund vorzubringen und bewegte auf diese Art das französische und das englische Auswärtige Amt dazu, Nachforschungen anzustellen. Es war offensichtlich, daß die damit verbundenen diplomatischen Schritte widerwillig unternommen wurden, wobei dahingestellt sein mag, ob dies mit Rücksicht auf die Rüstungsindustrie oder im Interesse der Vermeidung überflüssiger internationaler Konflikte geschah. Die Anfrage in Rom ergab — wie sollte das anders sein! —, daß die italienischen Behörden mit der Angelegenheit nicht das Geringste zu tun hatten, sondern daß die 28 Waggons Waffen von privater Seite geliefert worden seien. Die ungarische Regierung, von der die Kleine Entente befürchtet, daß sie, unter Mitwirkung von Italien, geheime Aufrüstung betreibt, war überhaupt vollkommen unwissend in bezug auf alles, was mit Hirtenberg etwas zu tun hatte.

Die Nachforschungen in Wien waren ergiebiger: Vollkommen privat habe der italienische Major (!) Giuseppe Cortese es sich einfallen lassen, 67 000 gebrauchte österreichische Gewehre und 200 Maschinengewehre zu kaufen, die die italienischen Truppen während des Weltkrieges in Oesterreich erbeutet hätten. Dieser „völlig private“ Major des faschistischen Italiens hat die Waffen an eine Waffenfabrik in Solothurn (Schweiz) weiterverkauft. Nun traf es sich gerade gut, daß diese Fabrik Hauptaktionärin der Hirtenberger Waffenfabrik ist und was läge näher, als die österreichischen Waffen für Reparatur nach Oesterreich zu schicken?

So wird der Weg der Waffen nach Hirtenberg geschildert. Eine weitere Klärung der Angelegenheit erhalten wir nun von einer Seite, die sich im allgemeinen um derartige Dinge wenig bemüht: aus dem Leitartikel der Abendausgabe der „Berliner Börsen-Zeitung“ vom Freitag. Dort heißt es, die Angelegenheit werde für Oesterreich „nur insofern kompliziert, als

der Generaldirektor der Hirtenberger Fabrik zufällig ein intimer Freund des österreichischen Heimwehrführers, des Fürsten Rüdiger Starhemberg, ist und überdies sehr gute Beziehungen auch zum gegenwärtigen ungarischen Ministerpräsidenten Gombósz unterhält.“

Fügen wir noch hinzu, daß Fürst Starhemberg zweifellos auch „sehr gute Beziehungen“ zu dem österreichischen Staatssekretär für das Sicherheitswesen, dem Heimwehrmajor Fey, unterhält, so wäre auch die Frage geklärt, woher die österreichische Regierung ihre guten Informationen über den Fall Hirtenberg hatte!

Einige nicht uninteressante Mitteilungen lassen sich allerdings zu dem Bericht der „BBZ“ noch hinzufügen.

In den Jahren 1926/27 war schon einmal die Rede von Lieferungen von Waffen über die italienisch-österreichische Grenze, die während des Krieges von italienischen Truppen in Oesterreich erbeutet worden sind.

Die „Privatperson“ damals, die Waffen „kaufte“ und an die Heimwehren „verkaufte“, war — so schreibt der Italiener Gaetano Salmenini in seinem ausgezeichneten, in Paris erschienenen Buch: „Mussolini Diplomat“ — der Sekretär der italienischen faschistischen Liga in Innsbruck, der sich für diese Geschäfte den Namen Mario zulegte. Auch die Verbindung mit Ungarn fehlte damals nicht: Rechtsanwalt Abel, der im Jahre 1930 im Zusammenhang

mit einem Hitler-Prozeß auf diesen Fall zu sprechen kam, erwähnte, daß

der Name Mario „auch in Budapest nicht unbekannt“ war.“

Der „Deutsche Volkswirt“, den man nicht als Sensationsblatt betrachten kann, beschäftigte sich in seiner Ausgabe vom 5. November 1927 mit diesem Fall und stellte fest, daß die faschistischen Organisationen Oesterreichs nicht nur mit italienischem Gelde finanziert, sondern auch mit italienischen Waffen ausgerüstet werden. Einer der Vermittler zwischen den italienischen und den österreichischen Faschisten sei Dr. Anton Rintelen, der Direktor der Steirischen Wasserwerke. Der faschistische Staat lasse sich diese Verbindung mit Oesterreich etwas kosten, weil für den italienischen Generalstab die Steiermark im Falle eines Krieges zwischen Italien und Jugoslawien von Bedeutung sei; denn dort könne Italien die Eisenbahn sperren, die Jugoslawien mit seinen westlichen Freunden verbindet.

Diese Berichte über Ereignisse in den Jahren 1926 und 1927 lassen einige Rückschlüsse auf die Hirtenberger Affaire zu:

1. Es ist auffallend, daß es sich in beiden Fällen um jene im Kriege erbeuteten österreichischen Waffen handelt,

„Geheimabkommen“ und Militärbudget.

Wegen der Erklärungen Herriots in bezug auf ein italienisch-ungarisch-deutsches Geheimbündnis hat der deutsche Botschafter in Paris ein bereits früher ausgesprochenes Dementi wiederholt. Der italienische Botschafter in Paris hatte eine Unterredung mit Daladier, in der er gegen die Erklärung Herriots protestierte.

Die italienische Presse ist über die Gerüchte von einem Geheimbündnis sehr aufgebracht. Dies seien politische Manöver, wie der englische Journalist Wickham Steed sie in die Welt setze, aber wie könne Herriot als verantwortlicher Staatsmann sich derartiges zueigen machen? Allgemein wird die Ansicht vertreten, daß die ganze Angelegenheit nur den Zweck gehabt habe, die Herabsetzung der französischen Rüstungsausgaben, die gerade bevorsteht, durch die Verbreitung von Alarmgerüchten zu verhindern.

Dies umso mehr, als in der Tat in Frankreich der Widerstand gegen die Kürzung des Rüstungsetats in diesen Tagen sehr gewachsen ist. Die Senatsausschüsse für Heer, Marine und Luftfahrt haben beschlossen, den Ministerpräsidenten vor Beginn der allgemeinen Senatssprache über die Finanzvorlage wegen der vorgesehenen Abstriche vom Rüstungsetat zu interpellieren. In der Kammer wird voraussichtlich Léon Meyer, der in den jüngsten französischen Regierungen Handelsminister war, in Betracht der kritischen internationalen Lage die Ablehnung jeder Kürzung verlangen. Angeblich haben sich auch die Sozialisten mit geringeren Herabsetzungen der Rüstungs-

ausgaben einverstanden erklärt mit dem Hinweis darauf, daß Frankreich in der Abrüstung nicht einseitig vorgehen könne, sondern nur im Rahmen allgemeiner Herabsetzungen der Militärausgaben aller Staaten.

Die Alarmgerüchte über das Geheimbündnis werden in Frankreich auch in Verbindung gebracht mit der Hirtenberger Affaire. Viele Zeitungen fordern, daß die Regierungen der Großmächte endlich in dieser Angelegenheit etwas unternehmen. Mit was für anderen Gerüchten die Sache des Geheimbündnisses noch in Verbindung gebracht wird, zeigt die folgende Meldung, die der römische Berichterstatter der „Morning-Post“ zu demontieren ermächtigt worden ist: Danach habe Hitler der italienischen Regierung versprochen, dieser bei der Annektierung Albaniens behilflich zu sein, wenn er als Gegenleistung mit Italiens Hilfe in der Korridorfrage rechnen könne. Die Art der Dementis dieser Nachricht ist interessant:

Erstens bestahe eine solche Vereinbarung überhaupt nicht, und zweitens beweise das Gerücht die vollkommene Unkenntnis der früheren und gegenwärtigen italienischen Außenpolitik. Italien habe nie und niemals den Wunsch gehabt, Albanien zu annektieren, sondern ihn nur als Pufferstaat zu sichern. Das gegenwärtige Regime in Albanien genüge diesen Forderungen. Der Danziger Korridor sei andererseits eine abgelegene und fremde Angelegenheit, mit der sich Italien niemals in der berichteten Art identifizieren würde.

Schiedsgerichtsbarkeit in deutschnationaler Interpretation

TU meldet: „Im Zusammenhang mit dem erneuten Beitritt Deutschlands zur Fakultativklausel des Haager Schiedsgerichts wird an zuständiger Stelle darauf hingewiesen, daß Deutschland hiermit die Anerkennung des Grundsatzes der Schiedsgerichtsbarkeit erneut unterstrichen habe. Dagegen ist das insbesondere auf französischer Seite sich geltend machende Bestreben, auch politische Interessenkonflikte nach den Grundsätzen des geltenden Rechts zu regeln, für Deutschland nicht annehmbar.“

Versuchen wir — ohne der Frage nachzugehen, ob die „zuständige Stelle“ oder die TU für das Deut. dieser Meldung verantwortlich ist — den Sinn der hier vorgetragenen Unterscheidung aufzufassen. Es ergibt sich zunächst, daß nach deutschnationaler oder nach zuständiger Interpretation das Haager Schiedsgericht bei der Schlichtung politischer

Interessenkonflikte nicht nach den Grundsätzen des geltenden Rechts vorzugehen habe. Da nun das geltende Recht durch die Forderungen öffentlich anerkannter Gesetze und abgeschlossener Verträge bestimmt ist, so ist die Verwahrung gegen das „auf französischer Seite geltend gemachte Bestreben“ offenbar als der Protest gegen die Anerkennung gewisser störend empfundenen Verträge zu verstehen. Die Frage, was dann aber im Haag entschieden soll, wenn diese rechtlichen Bindungen fallen die den streitenden Parteien zur Verfügung stehende Macht oder das Mundwerk ihrer Vertreter, haben TU und die Zuständigen vorsichtiger Weise nicht berührt.

Japanische Flieger haben am Donnerstag über Tsingwangtau, der nahe Tschanghaikwang gelegenen Hafenstadt, Flugblätter abgeworfen, die in chinesischer und japanischer Sprache die Besetzung der Stadt und des Hafens durch japanische Truppen ankündigten. (Meldung aus Mukden.)

Dringender Appell!

Die Vernichtung aller persönlichen und politischen Freiheit in Deutschland steht unmittelbar bevor, wenn es nicht in letzter Minute gelingt, unbeschadet von Prinzipiengegensätzen, alle Kräfte zusammenzufassen, die in der Ablehnung des Faschismus einig sind. Die nächste Gelegenheit dazu ist der 5. März 1933.

Es gilt, diese Gelegenheit zu nutzen und endlich einen Schritt zu tun

zum Aufbau einer einheitlichen Arbeiterfront, die nicht nur für die parlamentarische, sondern auch für die weitere Abwehr notwendig sein wird.

Wir richten an jeden, der diese Ueberzeugung mit uns teilt, den dringenden Appell, zu helfen, daß ein Zusammengehen der sozialdemokratischen und kommunistischen Partei für diesen Wahlkampf zustande kommt, am besten in der Form gemeinsamer Kandidatenlisten, mindestens jedoch in der Form von Listenverbindung. Insbesondere in den großen Arbeiterorganisationen, nicht nur in den Parteien, kommt es darauf an, hierzu allen erdenklichen Einfluß aufzubieten.

Sorgen wir dafür, daß nicht Trägheit der Natur und Feigheit des Herzens uns in die Barbarei versinken lassen!

Willi Eichler — Karl Emonts — Hellmuth Falkenfeld — Kurt Großmann — E. J. Gumbel — Theodor Hartwig — Maria Hodann — Käthe Kollwitz — Karl Kollwitz — Robert Kuczynski — Otto Lehmann-Rußbüldt — Heinrich Mann — Paul Oestreich — Anna Siemsen — August Siemsen — Minna Specht — Marie Westphal-Krause — Erich Zeigner — Karl Zwing.

Solidarität mit drei Toten.

Hk. Zehntausende Berliner Arbeiter haben am Freitag nachmittag ihren von Nationalsozialisten ermordeten Klassen-genossen, den Kommunisten Berner, Kollatsch und Schulz, eine kraftvolle und ernste Trauerkundgebung dargebracht. Der Polizeipräsident hatte die geschlossenen Trauerzüge zum Friedhof Friedrichsfelde hin verboten. Aber die Straße in Lichtenberg bot das Bild einer nach einer Richtung hinstrebenden, eindeutig proletarischen Masse. Auf den Wegen innerhalb des Friedhofs standen wir Mann an Mann. Von dem großen Grabmal bei den Gräbern Liebknechts und Luxemburgs her klang die Stimme der Redner. Ich konnte nur Stücke verstehen, die der Wind herüberbrachte. Immer kehrten die Worte wieder: „Einheit der Arbeiterklasse“, „Einheitsfront“ und ähnliche. Diese Aufgabe lag ja auch sonnenklar vor uns angesichts der neuen Gräber. „Sollen wir uns denn wohllos weiter abschlagen lassen?“ rief Pieck. Ueber den Genossen lag eine Stimmung gesammelter Kampfbereitschaft, aber gebremst von einer Resignation. Ein paar Zurufe zur Erläuterung: „Sieh Dir bloß diese Menschheit an, — und wir kriegen es nicht fertig, uns gegen dieses Pack zu schützen!“ „Die Einigkeit fehlt oben!“

Sobald von den Leitungen der Organisationen die Schleusen aufgezogen würden für den Kampf in Einheitsfront — die in den Massen der Genossen angesammelte Bereitschaft und Wut würde losbrechen wie ein Strom nach der Schneeschmelze.

Die Reden der Kommunisten entsprachen der Parteilinie. Die Sozialdemokraten hatten mit offiziellem Einverständnis der Führung Delegationen geschickt: SPD (Kreis Neukölln), „Reichsbanner“, Freie Gewerkschaftsjugend, SAJ (Berlin). Im ganzen aber war das kommunistische Element und das Antifa-Abzeichen weitaus vorherrschend.

A. M. FREY



(25)

DIE PFLASTERKÄSTEN

Unberechtigter Nachdruck verboten. Copyright 1932 by G. Kloppever Verlag AG, Berlin.

Asam muß auf zehn Fragen gleichzeitig antworten. Er geht zwischen den Bettgestellen durch mit dem Kommandeur und ersinnt Antworten, daß ihm der Schweiß über die Stirne tropft.

Während einer Pause in dieser Galoppade — Pummer studiert eine Fiebertabelle — winkt er einen Mann herbei und heißt ihn zum Stabsarzt hinüberspritzen: er reicht gleich kommen, der Herr Kommandeur inspiziert das Revier.

Aber der Stabsarzt ist nicht zu finden. Es werden weitere Boten heimlich in die verschiedensten Richtungen gesprengt. Der Oberstleutnant hat alles eingehend beäugt und ein paar mal nach Lipp gefragt, als der endlich verzerrten Gesichtes, äußerst unsicher, wie er abschneiden wird, geschmeichelt und gleichzeitig gereizt durch den Besuch, angekeucht kommt.

Aber der Kommandeur ist gerade gegangen. „Hundswirtschaft!“ heult Lipp. „Habe ich nicht befohlen, mich in solchem Fall rechtzeitig zu benachrichtigen!“ „Wir suchen den Herrn Stabsarzt bald eine Stunde“, sagt Asam ruhig.

16.

Flieger sind über Fournes. Zum erstenmal ist es ein richtiger Haufen. Warnende Signale schallen, aber ist es nicht begreiflich, daß die Leute schnell noch ein wenig dastehen und gaffen, ehe sie Zuflucht unter der Erde suchen? Es ist immer dasselbe, immer diese närrische Zuversicht, diese unausrottbare, die das ganze Dasein des Krieges erst möglich macht: es wird doch nicht ausgerechnet mich treffen! Einmal bietet er etwas Neues, der Krieg: den Anblick eines Luftgeschwaders. Da muß man dabei sein. „Bomben? Möglich, aber nicht sicher.“ — „Na, was denn sonst, sie

SA mordet, sprengt und plündert.

Wieder ein kommunistischer Arbeiter erschossen.

Bauerwitz (Kreis Leobschütz, Oberschlesien). Ein Sturm SA überfiel das Haus des Arbeitsinvaliden Langosch, des Vorsitzenden der Ortsgruppe der SPD und des „Reichsbanners“. Als die Frau nicht öffnete, zertrümmerten die Banditen Türen und Fenster, schlugen im Hause alles kurz und klein und stahlen Wurst und 50 Mark Parteigelder. Die Frau flüchtete. Langosch war nicht zu Hause, da er gewarnt worden war.

Berlin-Wedding. In der Nacht zum Freitag wurde der 46 jährige Metallarbeiter Pötting (KP-Sympathisierender) vor seinem Hause in der Luxemburger Straße erschossen.

Nach der Heimkehr aus einem kommunistischen Verkehrslokal stand er mit einem Bekannten noch sprechend vor seinem Hause. Da löste sich aus einer daherkommenden Gruppe von vier Personen ein Mann heraus, zog eine Pistole und schoß nach ein paar Worten Wortwechsel Pötting über das

rechte Auge in die Stirn. Sofortiger Tod. Die Mördergruppe rannte nach der Genter Straße (2 SA-Lokale!) fort.

Gladbach-Rheydt. Wie wir vorgestern berichteten, wurde in der Nacht zum Mittwoch der kürzlich von den Nazis zu den Kommunisten übergetretene Arbeiter Esser erschossen. Am Donnerstag sind vier Nazis verhaftet worden. Die Polizei teilt mit: „Einer der Verhafteten gibt an, er sei mit mehreren anderen Leuten zusammengewesen, habe sich dann aber entfernt, weil ihm die Sache nicht mehr geheuer gewesen sei. Kurz nach seinem Weggang hätten die anderen den des Weges kommenden Esser angehalten. Es sei zu einem Wortwechsel gekommen, worauf dann die Schüsse gefallen seien.“

Landsberg (Warthe). Am Freitag abend Sprengstoffattentat auf den Betrieb des sozialdemokratischen „Neumärkischen Volksblattes“. Vom Grundstück des benachbarten SA-Lokals aus wurde mit Zündschnur eine Sprengladung entzündet, die ein großes Loch in die Mauer riß und die Rotationsmaschinen beschädigte.

Wir organisieren die Einheitsfront!

Oeffentliche Versammlung

am Montag, dem 13. Februar, 20 Uhr, im großen Saal der „Sophien-Säle“, Sophienstr. 18 (Nähe Bahnhof Börse).

Redner: Fritz Grob.

Als Diskussionsredner sind bisher gemeldet: E. Bauer (Trotzki-Gruppe), Waldemar Bolze (KPD-O), Karl Emonts (SPD), Maria Hodann (ISK), Aug. Siemsen (SAP), Hugo Urbahns (Lenin-Bund).

Die Partei- und Bezirksvorstände der KPD und SPD sind schriftlich eingeladen worden, einen Diskussionsredner zu senden.

Eintritt 20 Pf.
Für Erwerbslose: 10 Pf.

Internationaler Sozialistischer Kampf-Bund
Ortsverein Berlin.

Rote Eiserne Front in Harburg-Wilhelmsburg.

L. A. Harburg hat am Freitag die Rote Eiserne Front gesehen. Zehntausende von Arbeitern

folgten dem Sarge des kommunistischen Genossen und freigewerkschaftlichen Kollegen Martin Leuschel, den Nazis feige hingemordet haben, unter den Fahnen der Roten und den Fahnen der Eisernen Front. Zehntausend Arbeiter marschieren durch die Straßen mit ernsten Gesichtern, schweigend. Schweigend auch die Tausende, die die Straßen säumten. Wie lange dauert es noch, bis alle mit dem Antifa-Abzeichen und den drei Pfeilen sich einreihen, um „den Zug von Millionen“ endlos zu machen? Viel zu viele standen noch abseits! Trotz alledem — es war ein Schritt voran zur Solidarität der Klasse! „Wir verabschieden uns von unserem Klassengenossen! Rot Front — Freiheit — Freiheit — Rot Front — Rot Front!“

Leider haben die Freien Gewerkschaften es für nötig gehalten, die Forderung der Kommunisten nach einem Proteststreik nicht zu erfüllen. Unbegreiflich! Die Eiserne Front hat sich mit den Parteigenossen des Ermordeten solidarisch erklärt, indem sie sofort bei Bekanntwerden des Mordes Halbmast flaggte und „alle Arbeiter und Republikaner“ aufforderte, an dem Leichenbegängnis teilzunehmen.

Einheitsfront bei Conrad Tack & Cie.

Als Protest gegen die Ermordung des Staßfurter sozialdemokratischen Bürgermeisters Kasten beschloß der Betriebsrat bei Tack & Cie (in Burg bei Magdeburg), daß die Arbeiter am Mittwoch, dem 8. Februar, 1½ Stunde vor Arbeitsschluß den Betrieb verlassen und zu einer Betriebsversammlung zum „Volkshaus“ gehen sollten. Sämtliche Arbeiter, ungefähr 2000, verließen den Betrieb. Das „Volkshaus“ war überfüllt, und viele fanden keinen Einlaß. Viele Erwerbslose hatten sich aus Sympathie mit den Tack-Arbeitern eingefunden. Die Polizei drängte den Betriebsratsvorsitzenden, daß er die Arbeitslosen aus dem Saal weise, da es sich nur um eine Betriebsversammlung handle.

Als Vertreter der freien Gewerkschaften sprach der SPD-Genosse Langnickel, von der KPD sprach der RGO-Betriebsrat Steiger. Beide Redner bemühten sich ernsthaft um die Einheitsfront der Arbeiterschaft. Langnickel gestand, daß Fehler gemacht worden seien, daß es jedoch nicht das Gebot der Stunde sei, darüber zu streiten. Man sollte jetzt zum gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus übergehen. Er betonte, daß die Einheitsfront von unten kommen muß, und daß die Führer, die die Einheitsfront sabotieren, überannt werden müssen.

Verantwortl. Schriftf. Willi Eichler Berlin Anzeigen-R. Lindmann Berlin Verl. Internationale Verlagsanstalt GmbH Berlin SW 19. Inselstr. 8a. Tel. P 7 Jannowitz 5099 Druck A. Janiszewski Buchdruckerei und Verlag GmbH Berlin SO 36 Pilsenerstr. 28/29

werden doch nicht vierzehn Mann hoch aufklären wollen.“

In ihren Holzbaracken die Pioniere, die dort nicht im geringsten geschützt wären, sind über Wiesengrund auf dem Wege zum Unterstand, der ihnen zugeteilt ist.

Sie haben ihn erreicht, sie drängen sich am Eingang, dreißig, vierzig Mann — da sirren die ersten Abwürfe. Einer fährt mitten in den dick gedrängten Menschenhaufen. Ins Bellen der Geschütze, die Schrapnells hinaufwerfen, ohne zu schaden, mengt sich vielstimmiges Geheul, brüllendes Geschrei der Getroffenen.

Hinüber ins Revier kommen Verschochte gestürzt und melden das Unheil.

Mit Tragen und Verbandzeug rückt aus, was an Sanitätspersonal da ist. Während auf Fournes die Bomben prasseln, rennen sie dahin: die einzigen, die im Augenblick ganz schutzlos sind. Sie kommen heil hindurch zwischen dem Eisenhagel und beginnen die Arbeit, Unteroffiziere und Träger, indes es schon ruhiger wird und das tödliche Gewitter sich verzieht.

Asam ist am umsichtigsten. Mit versteinter, hochroter Miene tut er keinen Griff, gibt keine Anordnung, die fehlginge. Fühlein kämpft mit Nervosität, er ist bleich, aber er bewahrt doch Haltung angesichts des heillosen Geschehnisses. Für Augenblicke steht er und horcht, ob die Flieger etwa zurückkommen — bis er Asams verächtlichen Blick auf sich fühlt. Nur Malz hat kapituliert, statt einen Träger zur Ortskommandantur zu schicken, läuft er selbst, um ins Lazarett nach Automobilen zu telefonieren.

Funk sieht zum erstenmal große Verwundungen in Masse. Einem Pionier ist die Bauchdecke weggenommen. Die Därme quellen hervor, blaugrau, träge sich rührend, als wollten sie über die zerfetzte Uniform davonkriechen. Der Mann liegt auf dem Rücken, er blutet erschreckenderweise kaum. Er sagt nur unablässig mit hoher, entsetzlicher kläglichlicher Stimme: „Hu, mich friert — hu, mich friert!“ Er hat den jäh einsetzenden Frost der Schwerverletzten. Er selbst scheint nicht zu merken, daß auch seine eine Hand am Knöchel glatt abgeschlagen ist, sie hängt nur noch an einem Hautstück und baumelt leise mit verkallten Fingern, denn er hält den Arm im Ellbogen aufgestützt. Auch hier keine Blutung bei in sich gerollten Adern.

Anderen sind die Arme zerschmettert, die Brüste aufgerissen, die Hälse zerfleischt.

Sie verbinden Zerfetztes und lagern Blutendes und geben Spritzen und haben auch ein knappes Wort der Teilnahme — aber seltsamerweise ist kein Arzt unter ihnen. Wo sind Aerzte? Sie werden gesucht, und es dauert lange, bis einer kommt — nämlich der Regimentsarzt einer anderen Truppe aus der benachbarten Unterkunft.

Eigentlich ist er überflüssig, denn die Sanitätsmannschaft hat inzwischen getan, was sich tun läßt. Er setzt lediglich einen Tintenstift in Bewegung und unterschreibt Verwundetentafelchen.

„Was ist das dort? Was fehlt den — eins, zwei, drei, vier — den elf Leuten, die dort in einer Reihe liegen?“ fragt er zwinkernd und kurzsiehtig.

„Tote, Herr Stabsarzt.“

„O sapperlot!“ entfährt es dem dicken, derben, streng bebrillten Herrn. Er ist sehr fürs Durchhalten. Im Augenblick sieht er auf eine läppische Weise schuldbewußt aus.

Funk mustert die Leichen, voll neugierigen Grimms. Schau es dir an, das Antlitz des angeblichen Heldentums, das Schandantlitz des Krieges!

Ihm fällt auf, wie aus dem Gesicht des einen, reglos Liegenden die halboffenen Augen plötzlich hinabsinken; ein verblüffender unerklärlicher Vorgang. Da entdeckt er, daß der Hinterkopf in geradezu exakter Weise forttrasiert ist. So haben die Augen keinen Druck mehr nach vorn, keinen Halt — und es ist, als entfernten sie sich nach innen, weg von dem abscheulichen Anblick dieser Welt ...

Die Leichen, mit Ordnungssinn in zwei Reihen tibereinandergeschichtet, als stünden sie noch im Glied und seien nur nach hinten ins Gras gekippt, haben ausnahmslos schwere Hinterhaupt- und Nackenverletzungen. Von vorne sehen sie ganz manierlich aus. Einer hält die Zigarre zwischen den klammen Fingern; sie schwelt noch.

Sie alle waren in fliehender Geste und abgewandt vom sirrenden Tod, der aus der Luft — eine Botschaft des Himmels — auf sie niederfuhr.

(Fortsetzung folgt.)

Was bringt der Februar-„ISK“? Mordindustrie; Gewerkschaftspolitik; Vertragstreue.

In dem Aufsatz „Die geheime Internationale“ zeigt Allan Flanders an Hand des Materials einer Broschüre der englischen „Union für demokratische Kontrolle“, wie die private Rüstungsindustrie geradezu der zum Kriege treibende Faktor ist. Die getarnten wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Machtpositionen dieser Industrie werden soweit aufgedeckt, daß der Leser mit wenig Phantasie sich leicht ein umfangreiches Bild von der ungeheuren Kriegsschuld der Rüstungsindustriellen machen kann.

Der Forderung auf demokratische Kontrolle dieser Machtgruppe stellt Flanders die internationale Aktion der Arbeiterklasse als Mittel zur Kriegsverhinderung entgegen.

In einem Aufsatz „Klassenkampf, Demokratie und Gewerkschaften“ setzt Fritz Grob eingehend auseinander, wie grundfalsch die Verhandlungen des ADGB mit der Regierung Schleicher waren und worauf diese falsche Politik beruht.

Dieser Aufsatz ist, obgleich vorher geschrieben, gleichzeitig eine Kritik der Betriebsrätekonferenz des ADGB und AFA-Bundes sowie der 12. Bundesausschussung des ADGB, die am 21. und 22. Januar stattfanden, und zwar als Höhepunkte der Verteidigungskampagne gegen die Welle des Mißtrauens, das durch die Verhandlungen mit Schleicher hervorgerufen worden war. Auf diesen beiden Tagungen war der Kernpunkt der Argumentation der Gewerkschaftsführung: Das grundsätzlich gegebene Verhältnis von Politik und Gewerkschaften gebot ein Verhalten wie das der Verhandlungen mit Schleicher. Mit welcher Methode der Ansicht von Richtigkeit bei diesem Versuch der Rechtfertigung durch eine grundsätzliche Argumentation erzeugt wird, wird in dem Aufsatz dargelegt durch die Kritik eines Aufsatzes von Clemens Nörpel in der „Gewerkschaftszeitung“ vom 24. Dezember 1932. Die Abkehr von der Illusionspolitik demokratischer Volksgemeinschaft und das Aufnehmen des Klassenkampfes bringt die Lösung der wichtigsten aktuellen Probleme des Kampfes der Arbeiterschaft.

In der Rubrik „Aussprache“ setzt sich Grete Hermann mit einem beachtenswerten Einwand einiger „ISK“-Leser auseinander. Sie hatte behauptet, daß der Versailler Vertrag achtenswert sei, weil durch ihn der anarchische Kriegszustand doch durch einen vertraglich geregelten Verkehr ersetzt sei. Jene Leser meinten nun; wenn die friedliche Ordnung des Verkehrs unter den Völkern eine Voraussetzung für die Durchsetzung des Rechts sei, dann sei der Sozialist auch nicht zum Beschreiten des revolutionären Weges berechtigt, d. h. zur Verletzung des inneren Friedens. Bleibt man so nicht auf lediglich reformistische Maßnahmen angewiesen? Diese Frage wird von Hermann sehr interessant und verständlich behandelt.

Der Preis des Heftes ist 20 Pf. Zu beziehen durch die Internationale Verlagsanstalt, Berlin SW 19, Inselstr. 8a.

Das ist das Ende!

S. S. „Nach einer neuesten Aufstellung stellt sich der Nachwuchs der deutschen Familie folgendermaßen dar: Kinderlose Ehen: 40%; Ehen mit einem Kind: 18%; Ehen mit zwei Kindern: 20%; Ehen mit mehr Kindern: 15%. Das ist das Ende! Soll das gemeine Wunschwort eines vom Haß wahnwitzigen Franzosen, daß Deutschland um 20 Millionen Menschen zu viel hat, zur schaurigen Wahrheit werden? Diese dringende Frage ist zu lesen unter dem Motto: „Deutschland darf nicht sterben!“ am Anschlagkasten der „Deutschen Freistudentenschaft“, der im Flur der Wiener Universität hängt. Dies ist nur eine ganz kleine Kostprobe von dem Geist, der jetzt auf den Hochschulen herrscht.“

Furchtbare Explosion im Saargebiet.

Am Freitag nachmittag, kurz nach 18 Uhr, flog in Neunkirchen (Saargebiet) der Riesengasometer des Neunkirchener Eisenwerks in die Luft. Die Ursache der Katastrophe ist vermutlich eine kleinere Explosion in der nahegelegenen Benzolfabrik, wodurch die Gasleitungen zu dem Gasometer in Brand gerieten.

Die Ausmaße des Unglücks sind ungeheuer und noch schwer zu übersehen. Es handelt sich um einen der größten Gaskessel Deutschlands, dessen schwere Eisenplatten und dicke Zuleitungsrohre zum Teil drei Kilometer weit geschleudert worden sind und noch in dieser Entfernung Häuser in Trümmer gelegt haben. In der näheren Umgebung des Werks sind ganze Stadtteile vollständig verwüstet, eine dicht neben dem Gaskessel gelegene Arbeiter-

kolonie von 15 Doppelhäusern ist gänzlich verschüttet. Aus ihr allein wurden bisher 25 Tote geborgen.

Ueber die Zahl der Toten und Verwundeten liegen noch keine zuverlässigen Meldungen vor. Die ersten Gerüchte, daß die Zahl der Toten in die Hunderte, die der Verletzten in die Tausende gingen, haben sich, nach späteren Schätzungen, die nur von etwa 50 Toten berichten, nicht bewahrheitet. Der Betrieb selber sei zur Zeit des Unglücks außerordentlich schwach besetzt gewesen.

Der Geistesgegenwart eines Arbeiters, der noch rechtzeitig die Gasleitung zu dem Gasometer absperrte, ist es zu danken, daß die Katastrophe nicht ein weit größeres Ausmaß angenommen hat. Die Zuleitungsanlage hätte sonst dem Explosionsherd noch 18 Stunden lang Gas zugeführt.

Die Leistungen der „nationalen Konzentration“ in Großbritannien.

(IGB.) Als sich im Jahre 1931 in Großbritannien alle Kräfte der Reaktion zur „nationalen Regierung“ zusammenschlossen, um angeblich in einer „großen Kraftanstrengung des ganzen Landes“ die Krise zu überwinden, hielten die Vertreter der Regierung ungefähr die gleichen Reden wie man sie beim Amtsantritt der Regierung Hitler in Deutschland zu hören bekam.

Offizielle Angaben des Organs des britischen Arbeitsministeriums zeigen, was aus diesen Versprechungen geworden ist. Aus umfangreichem Zahlenmaterial geht klar hervor, daß die mit soviel Pomp angekündigten Maßnahmen der „nationalen Regierung“ nicht das geringste dazu beigetragen haben, die wirtschaftliche Lage zu verbessern, ja, daß auf allen Gebieten eher eine Verschlechterung eingetreten ist.

Dies gilt insbesondere für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit stieg ganz beträchtlich. Die Durchschnittszahl der in Arbeit stehenden versicherten Arbeiter sank während des Jahres 1931/32 auf einen tieferen Stand als er je in den Jahren der Krise zu verzeichnen war! (Eine Ausnahme macht nur das Jahr 1926 wegen des in diese Zeit fallenden Generalstreiks der Bergarbeiter.) Ende 1932 standen nahezu 150 000 weniger Arbeiter in Beschäftigung als ein Jahr zuvor. Die Arbeitslosigkeit stieg vom Dezember 1931 bis August 1932 von 2 573 552 auf die bis jetzt nie erreichte Zahl von 2 935 873!

Die Zahl der Toten auf der „Zeven-Provincien“ beträgt nicht, wie zunächst gemeldet wurde 12, sondern 18. Unter ihnen sind drei Europäer. Die übrige Besatzung des Schiffes ist gefangen genommen worden und wird nach Batavia gebracht. Zu ihrem Empfang sind Militärverstärkungen dorthin entsandt worden.

Von den neun schwer verletzten Matrosen sind inzwischen drei gestorben, sodaß sich die Zahl der Toten auf 21 erhöht.

Die holländische Regierung braucht offenbar einen Sündenbock, um den Aufstand als zufälligen Einzelfall hinstellen zu können. Der Kapitän des Schiffes, der zur Zeit des Aufstandes an Land war, wird über die Klinge springen. Er war angeblich von bevorstehenden Unruhen unterrichtet und ist trotz dieser Warnung von Bord gegangen.

Im Berliner Möbeltransportgewerbe finden am Montag Schlichtungsverhandlungen statt, da der Lohn- und Mantel-

tarif am 28. Februar abläuft, und eine Einigung bisher nicht erzielt worden ist. Die Unternehmer verlangen einen Lohnabbau von 32 bis 40 Prozent. Der Lohn der Kraftfahrer z. B. soll von 44 auf 29 Mark, der Tagelohn der Ziehleute von 8,50 auf 5,— Mark abgebaut werden.

Auch für den Manteltarif haben die Unternehmer erhebliche Verschlechterungen vor.

Für die Berliner städtischen Arbeiter (Kammerarbeiter) ist jetzt nach monatelangen Verhandlungen der neue Bezirkstarif abgeschlossen, der sich im wesentlichen an den Reichstarif für die städtischen Arbeiter hält. Der Magistrat verlangte für viele Gruppen der Kammerarbeiter Sonderstarife, ist aber damit nicht durchgedrungen.

Durch diesen Tarif werden die Arbeitsbedingungen für 16 000 Arbeiter und Arbeiterinnen geregelt; er ist erstmalig zum 31. Dezember 1933 kündbar.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: Dienstag, 14. Februar, 20 Uhr, in „Haverlande Festsälen“, Neue Friedrichstraße 85, (Nähe Bahnhof Alexanderplatz). Thema: Was will der ISK? Redner: Willy Eichler. Eintritt 20 Pf. Erwerbslose 10 Pf. Aussprache!

Hannover: Mittwoch, 15. Februar, 20.15 Uhr, bei Sander, Gartenallee 1. Thema: Die nationale Regierung, ihr Programm, ihr Weg und die Arbeiterschaft. Eintritt frei!

Magdeburg: Mittwoch, 15. Februar, 20 Uhr, bei Bleck (früher Lichteck), Knochenbauufer 27/28. Thema: Sozialistengesetz auf dem Marsch! Warum kommt die Einheitsfront zwischen KPD und SPD immer noch nicht zustande? Redner: Paul Gerisch. Eintritt 20 Pf., Erwerbslose frei. Freie Aussprache.

Quittung

über Spenden für den Pressesonds des „Funken“.

J. P. in B. 15.— M. F. D. in B. 13.— M. M. H. in B. 25.— M. K. H. in B. 5.60 M. R. L. in B. 41.35 M. P. S. in B. 2.— M. K. S. in H. 3.— M. E. D. in B. 6.70 M. E. B. in H. 16.— M. E. H. in H. 30.— M. A. B. in H. 4.— M. E. G. in H. 9.— M. K. W. in H. 2.— M. P. G. in H. 30 M. W. B. in H. 3.— M. Sammlung H. 2.70 M. H. D. in Q. 7.— M. M. L. in E. 10.— M. K. M. in N. 5.— M. P. B. in J. 2.10 M. A. H. in H. 10.— M. E. S. in W. 3.— M. H. L. in S. 10.— M. E. C. in S. 50.— M.

Herde Oefen / Gaskocher
nirgends besser und nirgends billiger als bei
C. F. W. Lademann Söhne
Berlin SW 19, Wallstr. 84/85
U-Bhf. Inselbrücke.

Feinbesohlanstalt
und Schuhfärberel
HANS SACHS
Berlin SW / Dresdener Straße 111
garantiert für erstklassige Arbeit

Maßarbeit erstklassig und billig
Herren - Anzüge, Mäntel, Damen- Kostüme, Aufbügeln und Reparaturen
Alfred Arensberg
Berlin-Reinickendorf-Ost
Hintert der Dorf-Aue 14

Kauft preiswert und in bester Qualität
Vollwertnahrungsmittel
vom Reformhaus
Gesundheitsquelle
Berlin / Köpenicker Str. 96 / Ecke Insel- und Neue Jakobstr.

LIGA FÜR MUTTERSCHUTZ
und soziale Familienhygiene
(Bund für bewährte Geburtenregelung e. V.)
Sitz Berlin C 2, Breite Str. 7
Die größte sozialistische Organisation für Sexualreform u. Geburtenregelung. Medizinische u. juristische Beratung. Sexual- und Eheberatungsstellen an vielen Orten im Reich.
Die Sexualberatungsstelle, Breite Straße 7
Leitung: Dr. Levy-Lenz,
ist Montag und Mittwoch nachmittags von 2-5 Uhr geöffnet. Gebühr 20 Pf. Schriftliche Beratung erfolgt gegen Vereinsendung des Rückporto.
Nur angegliedert:
Säuglings- und Kinderberatung
Leitung: Dr. Maria Well,
Freitag von 4-5 Uhr.
„Liebe und Leben“
das reich illust. Blatt für Sexualaufklärung
Probenummer kostenlos

Reformhaus Bochum
BOCHUM
Kortumstr. 14 - Wittener Str. 7
empfiehlt alle Artikel zur naturgemäßen Ernährung und Körperpflege.

Überrauschhaltungen, Gemeinschaften, Landheime, Ferien-Lager, Schulen u. s. w.
erhalten

Reform-Nahrungsmittel
zu Ausnahmepreisen.
Bitte, Sonder-Liste anfordern!
Frischkost-Reformhaus
Magdeburg
Otto v. Guerickestr. 104.

Fahrräder
Bereifung
Ersatzteile
Reparaturen
billig, billig!
Richard Kahlow
Berlin S 14
Stellschreiberstr. 63

Bürobedarfsartikel
Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen
A. H. Timmermann
Hamburg 85, Linsenweg 61 III.
Anfertigung eleganter Damengarderobe und Reformkleidung
I. Fürchtenicht
Göttingen, Nikolausberger Weg 87.

Röstkaffee
per Pfund 2.—, 2.40, 2.80, 3.20 Mark.
Lieferung ab 8 Pfund frei Haus.
Nachnahme oder Vorkasse auf Postcheckkonto: Hamburg 71108.
Robert Ziegler, Kaffee-Versand
Hamburg 88 / Heideborn 42.

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen, Klingelanlagen usw. Spezialität:
Anfertigung mod. Tisch- u. Nachttischlampen
G. Funke
Elektrotechniker
GÖTTINGEN / Jüdenstraße 2, III.

BERLIN
KAMERA
Unter den Linden 14 - A1 Jäger 2987
Seit 7. Februar:
Das schöne russische Filmpos:
ERDE von Dewshenko
Dazu der Studiefilm 1929:
Menschen am Sonntag
Regie: Robert Siodmak
Anfangszeiten: 18. 17. 19 und 21 Uhr

Erstklassige Maßarbeit
Herren - Anzüge Mäntel
Damen - Mäntel Kostüme
Tadellosere Sitz
Schönheit
MAGDEBURG
Johannisbergstr. 10, III.
Stoßmeister, vorstelt.

A. JANISZEWSKI
BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH
druckt Flugblätter, Zeitungen, Zeitschriften und jede Art Geschäftsdrucksachen
Berlin SO 4, Elisabethufer 20-22
Telefon: Sammelnr. P 1 Moritzplatz 5471

Die Welle der Reaktion wird vorübergehen!

So beurteilen viele Anhänger des historischen Materialismus die heutige politische Situation und halten gemeinsame Aktionen der Arbeiterschaft nicht für so dringend geboten. Angesichts dieser Folgen des historischen Materialismus ist es für jeden Sozialisten unbedingte Pflicht, sich mit dieser Theorie auseinanderzusetzen. Lest dazu:

Die bessere Sicherheit.

Ketzereien eines revolutionären Revisionisten.
Von Leonard Nelson. 22 Seiten. Zweite Auflage. 0,40 RM
In der rechtlichen Begründung des Klassenkampfes liegt die „bessere Sicherheit“ für die Erreichung des Sozialismus!

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin SW 19, Inselstraße 8a
Postcheckkonto Berlin 81 842 / Tel. F 7 Jannowitz 5324.

Weist Du noch?

Herr von Oldenburg-Januschau schrieb am 12. April 1915 an Herrn von Löbell: „Liebste Exzellenz Fritz! Im Begriffe, nach Polen auf meinen Posten zurückzugehen, danke ich Gott, die Schererei mit den Gütern und der Zivil-Verwaltung los zu sein. . . Ich bestelle 500 Morgen überhaupt nicht und so machen es viele, weil die Unsicherheit der Ernte und der Bestimmungen zu groß ist. . .“

Bürgerkriegs-Tote seit Hitlers Regierungsantritt: insgesamt 35; davon 20 Linksstehende; 5 Unbeteiligte oder solche, deren Stellung fraglich ist; 2 Polizisten, 8 Nationalsozialisten. Die Frage: wer hat diese Menschen getötet? läßt sich nach den bisher vorliegenden Ermittlungen so weit beantworten: 18 Personen von Nazis getötet; 7 von Polizisten; 2 von Linkstehenden; bei 8 Toten fraglich. Von den drei Gruppen: Links, Nazis, Polizei, stellt also jeweils diejenige Gruppe die meisten Totschläger, die die wenigsten Toten hat, und umgekehrt.

Bürgerkrieg schärfer als im vergangenen Sommer. Der Monat des Jahres 1932, der die meisten Bürgerkriegs-Toten aufwies, war der Juli (durchschnittlich 2,8 Tote pro Tag). Unter der Regierung Hitler jedoch beträgt bisher der Durchschnitt 3,2 Tote pro Tag. Während die Terrorwelle des Juli zur Bemäntelung der Staatsaktion gegen die preussische Regierung diente, macht die Regierung Hitler nicht im mindesten Miene, gegen die stärkere Terrorwelle dieses Februar einzuschreiten.

Die Autorität des NS-Programms: „Da das sogenannte Programm der Bewegung in seinen Schlußzielen wohl unbedingt richtig ist, in der Formulierung jedoch Rücksicht auf psychologische Momente nehmen mußte, kann im Laufe der Zeit sehr wohl die Ueberzeugung aufkommen, daß im einzelnen vielleicht bestimmte Leitsätze anders gefaßt werden, eine bessere Formulierung erhalten müßten. Jeder Versuch dazu wirkt sich aber meist verhängnisvoll aus. Denn damit wird etwas, das unerschütterlich fest sein sollte, der Diskussion anheimgegeben, die, sowie einmal ein einzelner Punkt der glaubensmäßig dogmatischen Festlegung entzogen ist, nicht ohne weiteres eine neue, bessere und vor allem einheitliche Festlegung ergeben, sondern viel eher zu endlosen Debatten und zu einer allgemeinen Wirrnis führen wird.“ Adolf Hitler.

In Ewigkeit, Amen!

Adolf Hitler schloß seine auf alle deutschen Sender übertragene Sportpalast-Rede mit den Worten: „Es wird wieder aufstehen ein neues Deutsches Reich der Größe, der Ehre, der Kraft und der Herrlichkeit und der Gerechtigkeit! Amen!“

Neue Ohrfelge für Regierung Braun.

Auf Braun, Severing u. s. w. darf geschimpft werden; ihre „Beschimpfung und böswillige Verächtlichmachung“ zieht keine Auflösung einer Versammlung, kein Zeitungsverbot nach sich. Denn den Schutz der Notverordnung genießen nach den preussischen Ausführungsbestimmungen nur folgende Minister: „aktive Staatsminister, soweit sie tatsächlich ein Ministerium verwalten“. Da jeder Polizeipräsident den Schutz der Notverordnung gegen Beschimpfung genießt, können wir mit dem (kursiv hervorgehoben) Zustand keinen anderen Sinn verbinden, als daß die Mitglieder der Regierung Braun ausdrücklich von dem Schutz gegen Beschimpfung ausgenommen sein sollten. Papen und Göring haben sich jenen sauberen Nebensatz ausgedacht; wenigstens zeichnen sie verantwortlich.

Der Streit um Hessen.

Seit einigen Tagen häufen sich die Gerüchte, daß auch das Land Hessen nach Ansicht der Reichsregierung für eine kommissarische Regierung reif sei. Diesen Gerüchten liegen in der Tat deutliche Rückfragen der Reichsregierung bei der hessischen Regierung zu Grunde. Der hessische Staatspräsident ist — vermutlich in dieser Angelegenheit — zur

Autorität und Wunderglaube.

Von Leonard Nelson.

Wir drucken im folgenden einen Abschnitt aus Nelsons „System der philosophischen Ethik und Pädagogik“ ab, der zu einer vertieften Behandlung der im Leitartikel angeschnittenen Fragen Anlaß gibt. R. e. d.

Es ist nichts anderes als eine verwickeltere und also künstlichere Anwendung der Autoritätspädagogik, wenn der Erzieher seine eigene Autorität ergänzt oder ersetzt durch eine andere, höhere, sei es auch durch die höchste Autorität, die eines göttlichen Gesetzgebers.

Hier genügt nicht die Ueberredung von der Verbindlichkeit der Befehle, sondern es wird darüber hinaus noch ein anderer, besonderer Glaube gebraucht, um die Vorstellung von der Verbindlichkeit einer religiös sanktionierten Autorität hervorzubringen, von der dann, als der höchsten Autorität überhaupt, die Autorität des Erziehers nur als entlehnt vorgestellt werden kann. Da Autoritätsansprüche nur nach dem Grad der Macht derer, von denen sie ausgehen, abgewogen werden können, so kann die höchste Autorität nur die des mächtigsten Wesens sein und also in der Tat nur die des allmächtigen oder göttlichen Wesens. Daher wird hier außer dem ursprünglichen Glauben an die Verbindlichkeit der Befehle des Erziehers noch ein eigener, neuer Glaube erforderlich, nämlich der Glaube an gewisse theoretische Behauptungen, aus denen sich die sittlichen Gebote erst ableiten sollen. Dann während der zu erziehende Mensch von der Existenz des Erziehers und von der Macht, die dieser über ihn hat, nicht überredet zu werden braucht, da sie ihm vor Augen stehen und ihm nötigenfalls mit beliebiger Deutlichkeit spürbar gemacht werden können, kann er sich von der Existenz einer übernatürlichen Autorität und — was mehr ist — von den Tatsachen, wodurch diese dem Menschen angeblich ihren Willen offenbart hat, nicht durch den Augenschein überzeugen. Der Glaube daran muß ihm künstlich eingepflanzt werden. Denn damit sich der Mensch dem Willen eines übernatürlichen Machthabers unterwerfen kann, genügt nicht der Glaube an dessen Dasein, sondern es bedarf auch des Glaubens an die Tatsachen, durch die der Wille dieses Gewalthabers den Menschen offenbar geworden ist.

Der Versuch, die Opposition niederzutrampeeln.

Die Ausrottung kommunistischer Literatur.

Melchers Schlüsselstellung.

Die Befugnis, auf Grund der Notverordnung vom 4. Februar kommunistische Literatur zu beschlagnahmen mit der Begründung, daß diese „geeignet sei“, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gefährden, ist in der preussischen Ausführungsverordnung den Ortspolizeibehörden und Landräten zugesprochen worden. Wenn aber der Berliner Polizeipräsident eine derartige Beschlagnahme und Einziehung anordnet, so gilt diese für das gesamte preussische Staatsgebiet.

Melcher hat also die Macht, sämtliche Schriften z. B. Lenins aus sämtlichen Buchhandlungen, Verlagen und Bibliotheken Preußens fortholen und vernichten zu lassen; ebenso alle Bücher, die durch eine bloße Tatsachen-Darbietung eine furchtbare Anklage gegen diese „Ordnung“ darstellen wie die Bücher Gumbels. Es wäre kindisch, diese Machtbefugnis als einen Paragraphen zu betrachten, der „nicht so heiß gegessen wie gekocht werden wird“. Die neuen Machthaber sitzen in einer schweren Situation; sie haben in ihrer pomphaften Regierungsbotschaft und in ihrer früheren Agitationstätigkeit den Mund reichlich voll genommen; sie müssen greifbare Taten vorweisen können in absehbarer Zeit, um die Urteilslosen von ihrer Tatkraft zu überzeugen. Schließlich muß man damit rechnen, daß Melchers Befugnis sich eines Tages in der Hand des Grafen Heildorf oder eines ähnlich Qualifizierten befindet.

Ein Schnellastwagen mit kommunistischer Literatur verfolgten Polizisten von Hanau nach Frankfurt a. M. Sie schossen hinter dem Auto her, aber erst in Frankfurt wurde es angehalten. Die beiden Begleiter außer dem Chauffeur flohen dann; einer von ihnen ist am nächsten Tage (Freitag) verhaftet worden. Gegen ihn und den Chauffeur wird ein Verfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat eingeleitet werden.

Fünf kommunistische Flugblattverteiler wurden in Gladbach-Reydt festgenommen. Einleitung eines Hochverratsverfahrens.

Die kommunistische „Neue Arbeiterzeitung“ (Hannover) wurde auf fünf Tage verboten, einschließlich der Kopf- und Ersatzblätter.

Die Beschlagnahme des sozialdemokratischen „Volkswillen“ (Hannover) wegen Abdrucks des Wahlaufspruchs der SPD ist vom Amtgericht Hannover bestätigt worden. Gegen den Redakteur Raloff ist ein

Hochverratsverfahren eingeleitet worden.

Zeit in Berlin. Währenddessen hat ein Abgesandter des Reichsinnenministers den hessischen Innenminister in Darmstadt aufgesucht, um verschiedene Mitteilungen nachzugehen, die seit Hitlers Amtsantritt in der Reichsregierung „den Eindruck erwecken mußten, als sei in Hessen die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährdet und die hessische Regierung nicht Herr der Lage“. Der hessische Innenminister hat im Namen seiner Regierung solche Meldungen als falsch zurückgewiesen.

Noske, der einzige sozialdemokratische Oberpräsident, den Papen als stubenrein bei seiner Säuberungsaktion passieren ließ, ist nun auch gegangen worden: Er hat sich bis zum 1. Oktober dieses Jahres, an dem er die Altersgrenze erreicht, beurlauben lassen. In Hannover und Berlin geht das Gerücht, daß der Prinz Auwi seinen Posten einnehmen werde. An „zuständiger Stelle“ ist „von einer derartigen Absicht nichts bekannt“.

Papen, dem die Deutschnationalen seinen Plan einer Einheitsfront der nicht nationalsozialistischen Rechtsparteien verdrorben haben, hat sich trotz dieses Boykotts auf die deutschnationale Wahlliste setzen lassen, die zum Zeichen der einmal geplant gewesenen Einigkeit den Namen „Kampffront schwarz-weiß-rot“ erhalten soll.

Die Tatsachen aber, durch die sich der Wille der höchsten Autorität kundtut, können nur solche sein, durch die ihre allem möglichen Widerstand überlegene Macht in Erscheinung tritt. Denn nur durch die größte mögliche Macht dokumentiert sie ihren Charakter als höchste Autorität. Hieraus folgt aber, daß, da in der Natur zu jeder Kraft eine größere Gegenkraft möglich ist, die höchste Autorität eine allen Naturkräften überlegene und also unendliche Macht haben muß, die sich als solche nur durch ihre Ueberlegenheit über jede in der Natur mögliche Kraft und also nur in der Durchbrechung der Naturgesetze, d. h. durch Wunder, offenbaren kann. Wenn aber auch die Tatsachen, die als Wunder gelten, dem Augenschein zugänglich sein mögen, so können sie in ihrer Eigenschaft als Wunder doch nur geglaubt werden, da sich weder durch die Sinne wahrnehmen, noch mit dem Verstande auffassen läßt, daß für eine bestimmte Erscheinung eine natürliche Ursache ausgeschlossen sein soll. Es ist hier also ein Wunderglaube nötig, — ein Glaube, dessen Annahme alle mögliche Einsicht übersteigt und darum nur durch Künste der Ueberredung erzwingen werden kann.

Es kommt hier also alles darauf an, eine eigene Methode auszubilden, mit deren Hilfe man diesen Wunderglauben erzeugen, und das heißt: der sich widersetzenden Wahrheitsliebe des zu erziehenden Menschen Herr werden kann. Denn diese fordert von ihm, einen solchen Glauben nicht anzunehmen, weil er nur auf Ueberredung und nicht auf Ueberzeugung beruhen kann.

Das allein sichere Mittel, den Antriebe zur sittlichen Wahrhaftigkeit zu überwinden, besteht darin, daß man dem zu erziehenden Menschen die Annahme jenes Wunderglaubens ihrerseits zur Pflicht macht. Alle Bedenken, die sich sonst von seiten der Wahrhaftigkeit dagegen aufbauen könnten, einer unwahrscheinlichen, ja evidenten Weise unwarhen Behauptung Glauben zu schenken, müssen ihre Kraft und Würde verlieren, wenn es Pflicht wird, sie verstummen zu lassen und jenen Glauben anzunehmen.

Das „sacrificium intellectus“, das Opfer des Verstandes, erweist sich somit als die erste und vornehmste Pflicht, zu deren Erfüllung die Pädagogik des Autoritätsprinzips ihren Zögling bewegen muß, wenn ihr Werk gelingen soll. Daher

Kein Notwehrrecht gegen Nazis?

Der Kommunist Oberleutnant Fraedrich, der in der Dresdener Versammlung im Keglerheim gesprochen hatte, in der dann die Polizei in so abscheulicher Weise um sich schoß, ist auf Antrag der Dresdener Staatsanwaltschaft

verhaftet worden.

Beschuldigung: er habe in jener Versammlung zu Gewalttätigkeiten aufgefordert. Wie seiner Zeit berichtet wurde, soll Fraedrich etwa gesagt haben: „Wenn ihr gestochen werdet, dann stecht wieder; wenn auf euch geschossen wird, dann schießt wieder!“

Das ist nichts weiter als die Aufforderung zu einer nach dem Strafgesetz erlaubten Handlung: „Notwehr ist diejenige Verteidigung, welche erforderlich ist, um einen gegenwärtigen, rechtswidrigen Angriff von sich oder einem anderen abzuwenden.“ (§ 53 StGB.)

Hausdurchsuchungen bei Kommunisten, Beschlagnahmungen von Akten, Waffen und Munition, vier Verhaftungen wurden in einigen Orten des oldenburgischen Landsteils Eutin (bei Lübeck) vorgenommen.

Weil der Redner gegen die Rundfunk-Benutzung des Partei-Agitators Hitler Stellung genommen hatte, wurde eine Erwerbslosenversammlung in Berlin-Mariendorf aufgelöst (Freitag). In der Meldung heißt es schief: „Benutzung des Rundfunks durch den Reichskanzler.“ Die Sportpalast-Versammlung vom Freitag, in der Hitler redete, war aber eine reine Parteiversammlung, Hitlers Rede ist auf alle deutschen Sender übertragen worden.

In Lippe Verbot sämtlicher kommunistischen Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel bis auf weiteres.

Der Berliner Polizeipräsident verbot der Kampfgesellschaft für Rote Sporteinheit eine Demonstration, die sie am Sonnabend auf dem Bülowplatz veranstalten wollten.

Der Berliner Polizeipräsident verbot in letzter Minute eine von den republikanischen Studenten in Berlin einberufene Trauerfeier für den von Nationalsozialisten ermordeten „Reichsbanner“-Studenten Steinfeld in Breslau. Die Feier sollte am Freitag auf dem Hegelplatz bei der Universität stattfinden.

In Frankfurt (Oder) wurde in einer Versammlung des Tannenbergs-Bundes der Redner verhaftet. Die Polizei nahm ihm Broschüren fort, in denen Hitler verächtlich gemacht worden sei. Die Versammlung wurde aufgelöst.

„Kamerad“ Staatssekretär Bang.

Der neugebackene Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Dr. Bang, sprach am Vorabend des deutschen Parteitag vor dem Arbeitsausschuß deutschnationaler Industrieller über die „Grundsätze seiner Arbeit“. Wir heben daraus folgendes hervor:

Die eigentliche Grundlage alles Wirtschaftens muß wieder hergestellt werden. Das ist das Gesetz von Treu und Glauben und ist vor allem die staatliche Moral. Kein Staat kann von seinen Bürgern Moral verlangen, wenn er sie nicht selbst betätigt.

Wer an die Heilung unserer Zustände durch offene oder versteckte Inflation glaubt, ist entweder ein Demagoge oder ein Schwachkopf.

Die soziale Frage kann nur gelöst werden bei grundsätzlicher Ablehnung des Klassenkampfes auf dem Boden der Wiedervereinigung der heute getrennten beiden Wirtschaftstypen: Arbeiter und Unternehmer. Sie schauen heute beide der nackten Not ins Gesicht. Diese Not können sie nur überwinden, wenn sie ihr als Kameraden entgegentreten.

Steuererklärungen bis zum 15. März.

Die Frist für die allgemeine Abgabe der Steuererklärungen für die Veranlagung zur Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer ist vom 28. Februar bis zum 15. März verlängert worden.

Ist es in der Tat nichts anderes als die einleuchtendste Konsequenz, der man sich nicht entziehen kann, ohne die Konsequenz, der man sich nicht entziehen kann, ohne die Pädagogik des Gehorsams selber von Grund aus abzulehnen, wenn in dem großartigsten und in seiner Folgerichtigkeit imponierendsten System, das je auf dieses Prinzip gegründet worden ist, der Satz gilt: „Wir müssen, um in allem sicher zu gehen, immer festhalten: dasjenige, was unsorn Angen weiß erscheint, sei schwarz, sobald die hierarchische Kirche dies so entscheidet.“

Durch diese Vernichtung der sittlichen Wahrhaftigkeit vereitelt die Pädagogik des Autoritätsprinzips zugleich die Möglichkeit, das von ihr angerichtete Uebel nachträglich durch eine andere Methode wieder gutzumachen. Sie erweckt in dem Zögling das Bewußtsein, daß Aufklärung stündhaft sei, und bewirkt hierdurch, daß sich dessen Wille gegen alle Einflüsse abschließt, die der Aufklärung des Geistes dienen. Die Folge davon ist, daß ein solcher Einfluß auch später nicht zur Geltung kommen kann, sodaß der Mensch in der Tat für alle wirkliche Erziehung unempfänglich wird. Wo das freie Denken mit der Autoritätsmoral in Konflikt kommt, die ja nicht eingesehen, sondern nur blind geglaubt werden kann, da ist dieses freie Denken als stündhaft gebrandmarkt und damit von Anfang an zum Untertanen verurteilt. Durch den konsequenten Autoritätsglauben wird daher der geistig geknechtete Mensch zugleich aller Möglichkeit beraubt, sich durch Gründe aus seiner Knechtschaft zu befreien. Wo einmal in der Erziehung die Moral preisgegeben worden ist, da fruchtet auch wissenschaftliche Belehrung nicht mehr. Der Autoritätsglaube mag allmählich, unter Einschränkung seines faktischen Gebrauchs, durch sinnliche Ablenkungen und Gegenwirkungen, zum Schwindenden gebracht werden. Er kann aber nie durch wissenschaftliche Gründe erschüttert oder umgestoßen werden. Derartige zu erstreben wäre ein Versuch mit durchaus untauglichen Mitteln. Man kann durch Verstandesgründe zwar Verstandesgründe bekämpfen und widerlegen; hier aber handelt es sich um Motive, die durch eine planmäßig geübte Suggestion und Gewöhnung in das Gefühlsleben der Menschen eingesenkt worden sind in eine Tiefe, in die die Kritik des Verstandes nicht mehr hinabtaucht.

Wahlpropaganda mit Zollerhöhungen!

Der Regierung Hitler-Hugenberg ist von ihren Vorgängern für Agrarzollerhöhungen freie Bahn geschaffen worden: Ende 1932 ist der deutsch-holländische Handelsvertrag abgelaufen. Der deutsch-schwedische Handelsvertrag ist zum 15. Februar 1933 und der deutsch-jugoslawische Handelsvertrag zum 7. März 1933 gekündigt. Die im deutsch-französischen Handelsvertrag enthaltenen Zollbindungen können auf Grund des Zusatzvertrages vom 28. Dezember 1932 ab 1. März 1933 jederzeit mit vierzehntägiger Frist gekündigt werden. Also: *Freie Bahn dem Tüchtigen!* Das heißt hier leider: dem *untüchtigen* Agrarpolitiker!

Ein Dorn im Auge ist der neuen Regierung der am 24. Juni 1932 mit Bulgarien abgeschlossene Handelsvertrag, der zwar noch nicht ratifiziert ist, aber zufolge einer Zusage der Regierung Schleicher ab 17. Februar 1933 vorläufig angewendet werden soll. In diesem Vertrag sind insbesondere Zölle für Gartenbauprodukte gebunden; sie können auf Grundlage der Meistbegünstigungsklausel auch gegenüber vielen anderen Staaten nicht über die im deutsch-bulgarischen Vertrag festgelegten Sätze erhöht werden. Die heutige Regierung wird sich bemühen, diesen Schönheitsfehler in der deutschen Handelspolitik rasch zu beseitigen. Vorläufig nimmt sie die im übrigen gewonnenen Freiheiten wahr!

Wie der Ablauf des deutsch-jugoslawischen Handelsvertrages voraussichtlich ausgenutzt werden wird, stellen wir gesondert dar unter der Überschrift: „Vor einer Eierzollerhöhung.“

Sofort nach Ablauf des deutsch-schwedischen Handelsvertrages, also am 15. Februar, werden folgende soeben beschlossene Zollerhöhungen in Kraft treten.

Zollsätze in Mark pro Doppelzentner.		
	bisher	neu beschlossener
Lebendes Rindvieh	24,50	50
Lebende Schafe	22,50	45
Lebende Schweine	27	50
Frisches Fleisch	16	100
Einfach zubereitetes Fleisch	16	150
„Fleisch zum feineren Tafelgebrauch“	16	280
Schmalz	10	50

Für Speck ist noch kein neuer Zollsatz festgesetzt worden. Vor der Junker-Regierung galt ein sogenannter Zwischenzoll von 14 Mark. Seitdem gilt der Vertragssatz von 20 Mark. Nach Ablauf des deutsch-schwedischen Handelsvertrages wird der Satz von 36 Mark gelten. Dazu kommen 25 Mark Unterstützungsgebühren. Die Einfuhr wird dadurch fast unmöglich gemacht.

Diese Zollerhöhungen werden — abgesehen von der Schmalzzollerhöhung — außer in den Gehirnen ländlicher Wähler keinen Schaden anrichten.

Die Einfuhr an Vieh und Fleisch nach Deutschland ist im Verhältnis zum Konsum sehr gering. Die deutsche Massenkaufkraft ist so niedrig, daß sie nicht ausreicht, um deutsches Vieh und deutsches Fleisch zu Preisen aufzunehmen, die für die Landwirte erträglich sind. Vorläufig werden die Zollerhöhungen daher zu keiner Preiserhöhung führen. Das wäre erst nach einer wesentlichen Besserung der Konjunktur und Erhöhung der Massenkaufkraft möglich. Jene Zollerhöhungen führen aber keineswegs zu einer Besserung, sondern vielmehr zu einer Verschlechterung der Konjunktur; denn sie verärgern trotz ihrer verhältnismäßig geringen Bedeutung zum Beispiel die dänischen Abnehmer deutscher Industriewaren.

Anders steht es mit dem Schmalzzoll. Er betrug vor der Junker-Regierung nur 6 Mark pro Doppelzentner; er soll jetzt auf 50 Mark erhöht werden. Das belastet gerade die ärmsten Konsumenten. Gewiß, die Einfuhr von Auslandsschmalz war 1932 etwas größer als 1931. Gerade diese Steigerung ist ein Zeichen der wachsenden Armut. Denn das Auslandsschmalz ist ein besonders billiges Nahrungsmittel. Das Pfund Auslandsschmalz kostet heute etwa 47 Pfennig, während ein Pfund deutsches Schmalz 80 bis 85 Pfennig kostet. Die neue Zollerhöhung beträgt laut unserer Tabelle

Siedler-Schicksale im Junker-Staat:

An die Redaktion des „Funken“ ist die Frage gerichtet worden: Was sollen Siedler anbauen auf ehemaligem Land von Großgrundbesitzern?

Man kann auf diese Frage nicht antworten mit einem fertigen Anbauplan, der als Schema für alle Siedlungen Gültigkeit haben könnte. Das wäre Arbeit am grünen Tisch. Die Bedingungen, unter denen die Siedler leben, sind verschieden, und dementsprechend muß ihr Anbauplan verschieden sein. Am besten werden die Siedler fahren, wenn sie sich an die für sie zuständigen Wirtschaftsberatungstellen und an die Landwirtschaftskammern wenden, die ihnen raten können, welcher Fruchtfolgeplan in ihrem Bezirk am rentabelsten ist.

Betriebsumstellungen sind meist mit Verlusten für die ersten Jahre verbunden. Darum wird es ratsam sein, in den ersten Jahren, in denen der Siedler solche Verluste besonders schwer tragen kann, den Betrieb weitgehend in der alten Art weiterzuführen und Neuerungen wie zum Beispiel intensiveren Gemüsebau — wenn überhaupt — nur langsam einzuführen.

In Thüringen sind 1932 zwei 20-Morgen-Pächtersiedlungen aufgebaut worden, die zur selben Siedlungsgenossenschaft gehören. Sie liegen neben einander auf dem selben Schlag des alten Gutes.

Der eine Siedler, mit langjähriger Praxis, baute, was die Bauern im Ort bauen: Hackfrüchte, Weizen und Gerste.

Der andere Siedler, voll Drang, seinen Betrieb intensiv und rentabel zu gestalten, baute neben den Hackfrüchten und dem Getreide noch 3 Morgen Buschbohnen, ½ Morgen Zwiebeln, ½ Morgen Möhren, ¼ Morgen Kohl.

Nach dem ersten Jahr ist der erste Siedler schuldenfrei,

40 Mark pro Doppelzentner, also 20 Pfennig pro Pfund; sie verteuert das Auslandsschmalz also fast um die Hälfte. Von der Zollerhöhung betroffen wird eine Einfuhr von rund 1 Million Doppelzentner Schmalz.

Wie werden die Konsumenten auf die Verteuerung des Auslandsschmalzes antworten? Sie werden als Ersatz vermutlich nicht teures deutsches Schmalz, sondern billige Margarine kaufen. — Was wird dann die Regierung antworten? Sie wird sich gedrängt fühlen, die alte Ermächtigung zu Eingriffen in die Margarine-Produktion rasch auszunutzen.

Sicher jedenfalls ist, daß gerade die ärmsten Konsumenten besonders belastet werden.

Was aber werden die Bauern tun? Genauer: was würden die Bauern tun, wenn die deutschen Konsumenten, wie die Regierung offenbar hofft, wesentlich mehr deutsches Schweineschmalz kaufen? Die Produktion von Schweineschmalz kann man zwar in gewissen Grenzen vermehren durch die Produktion fetterer Schweine, jenseits dieser Grenze aber nur durch die Vermehrung der Schweineproduktion überhaupt. Wer aber soll dann das auch in größerer Menge anfallende Schweinefleisch kaufen? Werden die Bauern das ganze Experiment nicht bezahlen müssen durch weiteres Sinken der Schweinepreise?

Was die Bauern von der Schmalzzollerhöhung haben werden, ist also höchst unsicher.

Hugenburgs „Landwirtschaftliche Wochenschau“ läßt sich von „unterrichteter Seite“ erklären: Die ersten landwirtschaftlichen Zollerhöhungen, die auf Vorschlag Hugenburgs vom Reichskabinett beschlossen worden sind, seien „lediglich als der Anfang der nach grundsätzlicher Ankündigung im Vierjahres-Plan in Aussicht stehenden landwirtschaftlichen Sofortmaßnahmen zu betrachten“.

Diese großagrarisches Korrespondenz stellt für die Wahlpropaganda erfreut fest: „Seine (Hugenburgs) erste Sorge gilt also der bäuerlichen Veredelungswirtschaft, und damit der praktischen Förderung der west- und süddeutschen Bauerninteressen“.

Wie es mit dieser Förderung bestellt ist, haben wir eben gesehen. Im übrigen gibt es unter den Wählern ja schließlich auch noch solche mißachteten Wesen, die wohl oder übel Agrarprodukte kaufen müssen. Hoffen wir, daß die Wahlpropaganda durch Zollerhöhungen auf sie die richtige Wirkung hat!

Hellmut Rauschenplat.

Vor einer Eierzollerhöhung!

Zur Zeit finden Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Jugoslawien statt, nachdem Deutschland den Handelsvertrag mit Jugoslawien zum 7. März gekündigt hat, vor allem, um auf diese Weise von der Festlegung einiger Agrarzölle loszukommen.

Im bisherigen deutsch-jugoslawischen Handelsvertrag war der Eierzoll mit 5 Mark pro Doppelzentner gebunden, also mit ein Viertel bis ein Drittel Pfennig pro Ei. Derselbe Zollsatz galt für die „meistbegünstigten“ Länder und damit für die wichtigsten Eierlieferanten Deutschlands. Eine preisteigernde Wirkung ging von diesem Zollsatz kaum aus, während auf der anderen Seite die Futtermittel durch Zölle gegenüber dem Weltmarkt um mehr als 100 Prozent verteuert wurden. Die Futtermittel zu verbilligen, das lassen die deutschen Großagrarien nicht zu. Also geht die Regierung daran, die Eier zu verteuern.

Eine Zollerhöhung verspricht, wirksam zu sein. Denn die Einfuhr von Eiern ist, verglichen mit der deutschen Eigenproduktion, sehr beträchtlich. 1931 wurden 2,3 Milliarden Eier, 1932 sogar 2,4 Milliarden Eier nach Deutschland eingeführt im Werte von 170 beziehungsweise 128 Millionen Mark, während die deutschen Landwirte im Erntejahr 1931/32 für Eier 231 Millionen Mark erlösten. Die Eierimportierte spielt also neben der deutschen Produktion — eben wegen der Verteuerung der Futtermittel in Deutschland! — eine erhebliche Rolle. Die Großagrarien verlangen eine Erhöhung des

obwohl er ohne ein Mark eigenes Betriebskapital angefangen hatte. Dazu hat er sich noch zwei Kühe abverdient.

Und der andere Siedler? Auf allen Schlägen mit Gemüse und Hackfrüchten wuchs das Unkraut zur gleichen Zeit. Er kam nicht nach mit Hacken. Er mußte Hilfskräfte bezahlen, aber trotzdem war nicht zu verhindern, daß ein Teil der Kulturen unter dem Unkraut zu Grunde ging. Die Stelle war betriebstechnisch falsch angelegt, die Arbeitsspitzen (die Zeiten, in denen die meiste Arbeit benötigt wird) fielen für mehrere Kulturen zusammen. Dazu kamen noch andere Schwierigkeiten: Die Bohnen waren in der Nähe nicht abzusetzen. Der Markt in den umliegenden Städtchen nahm die große Menge Bohnen nicht auf. Ein Händler in Leipzig versprach, sie zu verkaufen bei 10 Prozent Provision. Er erhielt über 20 Zentner grüne Bohnen, bezahlte aber keinen Pfennig dafür. Der Eisenbahnwagen, in dem sie auf seinen Rat versandt wurden, ist angeblich zu heiß gewesen, und die Bohnen sind in schlechtem Zustand angekommen. — Die Zwiebeln wuchsen ins Kraut, statt Knollen anzusetzen. — Die Möhren saßen so fest im schweren, durchnässten Boden drin, daß sich die Mühe, sie zu ernten, kaum lohnte. — Der Kohl wurde von Erdflößen zerfressen, weil keine Möglichkeit bestand, ihn zu gießen. — Dieser Siedler sitzt am Ende des Jahres noch tief in den Schulden drin. Er hatte sich seinen Boden und die Absatzmöglichkeiten bei Aufstellung des Anbauplanes nicht genügend angesehen.

Heute, wo zu Gunsten der Großgrundbesitzer Getreidepolitik Trumpf ist, wird es auf Getreideböden für die Siedler am besten sein Getreide zu bauen. Warum sich der Fürsorge der Junker-Regierung entziehen und gerade das bauen, was sie nicht schützt? Man kann über die Regierung denken, wie man will, für einen guten Getreidepreis ist sie ehrlich besorgt! Das kann sich der Siedler zu Nutze machen, selbst wenn er im Grunde seiner Seele für Freihandel und gegen Getreidezölle ist. Er nützt der Sache der Siedlung nichts, wenn er wirtschaftet, wie wenn er in der Zukunft leben würde, zum Beispiel in einem sozialistischen Staat, und deshalb in der Gegenwart zu Grunde geht. Mascha Oetfli.

Siedlungstätigkeit 1932 so schwach wie im Vorjahr.

Allen Erwartungen und Voraussagen zum Trotz erweist sich das Ergebnis der deutschen Siedlungstätigkeit des Jahres 1932 als ungefähr ebenso groß wie das Vorjahresergebnis. Was ist da los? Waren die amtlichen Stellen bisher lediglich ungeschickt in der Abwehr von Angriffen auf ihre Siedlungs-Untätigkeit? Oder ist das Ergebnis nachträglich frisiert worden?

Wir nehmen jedenfalls vorläufig zur Kenntnis: Nach amtlichen Angaben war die Siedlungstätigkeit im Jahre 1932 so stark, besser gesagt: so schwach wie im Vorjahr.

Im einzelnen erfahren wir folgende sich nur auf Preußen beziehende Angaben: Für die Landaufnahme liegen vorläufig nur Angaben von Siedlungsgrundstücken über 50 Hektar vor, die aber nach den Erfahrungen früherer Jahre rund 90 Prozent der gesamten Siedlungsfläche umfassen. Darnach wurden insgesamt 57 700 Hektar Land zur Besiedlung aufgenommen (— 33 Prozent gegenüber 1931). Von diesem Land wurden 8700 Hektar auftragsweise besiedelt (— 67 Prozent). Die übrigen 49 000 Hektar haben die Siedlungsgesellschaften erworben (— 19 Prozent) und dafür 30 Millionen Mark bezahlt (— 42 Prozent). Trotz der geringeren Gesamtlandaufnahme sind rund 7900 Stellen mit 87 500 Hektar Fläche, also fast ebenso viel Stellen wie im Vorjahr errichtet worden. Wenn man für die nicht-preussischen Länder rund 1000 Stellen rechnet, so beträgt die

Gesamtzahl der im Jahre 1932 geschaffenen Siedlerstellen etwa 9000 wie im Vorjahr.

Von den in Preußen errichteten 7907 Siedlerstellen haben 423 eine Größe bis zu 2 Hektar, 3197 eine Größe von 2 bis 10 Hektar; 4287 Stellen sind größer als 10 Hektar. Die Zahl der Kleinststellen hat gegenüber dem Vorjahr erheblich abgenommen. Sie machte im Vorjahr noch 13,4 Prozent der Gesamtzahl der Stellen aus und macht in diesem Jahr nur 5 Prozent dieser Gesamtzahl aus. Die durchschnittliche Stellengröße ist gegenüber 1931 von 10,63 auf 11,06 Hektar gestiegen.

Die Anliegersiedlung ist in Preußen gegenüber dem Vorjahr etwas zurückgegangen. 1931 wurden an 11 000 Anlieger 23 000 Hektar abgegeben; 1932 erhielten 9000 Anlieger insgesamt 16 800 Hektar (28 Prozent weniger).

Als Erklärung für die wider Erwarten starke Neusiedlungstätigkeit im Jahre 1932 wird von amtlichen Stellen hingewiesen auf die verschiedenen Verbilligungsmaßnahmen, insbesondere auf die Abkürzung des Besiedlungsverfahrens.

H. H.

Eierzoll auf 120 Mark pro Doppelzentner, also auf 6 bis 8 Pfennig pro Ei, das heißt, eine

Vervierundzwanzigfachung des derzeitigen Zollsatzes.

Bei dem geschilderten Verhältnis von Einfuhrmenge und Eigenproduktion würde diese Zollerhöhung mit Sicherheit zu einer erheblichen Vertenerung der Eier führen. Der Verbrauch würde dann zweifellos sinken, die Ernährung der deutschen Bevölkerung würde noch schlechter werden.

Dieses Spiel zu Lasten der Verbraucher, zu Nutzen der Eierproduzenten kann so lange fortgesetzt werden, bis der deutsche Verbrauch so gedrosselt und die deutsche Produktion so stark erweitert ist, daß der Einfuhrüberschuß verschwindet und der Zoll dadurch an Wirksamkeit verliert. Dann würde das ganze Kartenhaus zusammenbrechen. Bis dahin würde eine Politik zu Gunsten der Bauern, gegen die Konsumenten getrieben und nicht eine Politik, die an sich viel einfacher wäre und die nicht wie ein Kartenhaus einmal zusammenbrechen würde, nämlich eine Politik zu Gunsten der Konsumenten und zu Gunsten der Bauern, wie sie allerdings nur bei Senkung der Futtermittelpreise zu Ungunsten der Großagrarien möglich wäre.

Weitsichtige Bauern sollten in ihrem eigenen Interesse eine pflegliche Behandlung ihrer Käufer und daher eine

Herabsetzung der heute künstlich erhöhten Futtermittelpreise statt einer künstlichen Erhöhung der Eierpreise fordern!

Die Gefahr ist aber groß, daß die meisten Bauern sich über die Erhöhung der Eierpreise freuen werden und nicht weiter sehen, daß sie es also zulassen, daß die Massenkaufkraft weiter gedrosselt wird und zwar dadurch, daß mit einem typisch bäuerlichen Produkt eine typisch großagrarisches Politik getrieben wird. Es ist ja geradezu der Zweck dieser Politik, den Bauern wenigstens zunächst einmal Vorteile zu bieten und sie dadurch weiter vor dem großagrarisches Wagen zu spannen. Wir befürchten, daß diese Politik ihren Zweck zunächst weitgehend erfüllen wird. Denn ihre auch für den Bauer schlimmen Folgen zeigen sich nicht so rasch, sicher nicht vor den Wahlen! —t.

DÄNEMARK

Vieh wird „vernichtet“. Das Parlament hat den Landwirtschaftsminister ermächtigt, eine Schlachtsteuer bis zu 10 Kronen je Stück Vieh zu erheben, um die so gewonnenen Mittel für die Vernichtung von „höchstens“ 1500 Stück pro Woche zu verwenden.

Fleisch umsonst: Der Sozialminister hat einen Gesetzentwurf eingereicht, nach dem allen Arbeitslosen und deren Familienangehörigen sowie auch anderen Hilfsbedürftigen, im ganzen etwa 400 000 Personen, wöchentlich ¼ Kilo Rindfleisch unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. — Es geht also auch anders!

HOLLAND

Spanferkel verbilligt, statt vernichtet: In Holland sollten 100 000 Spanferkel vernichtet werden, um so die Produktion von Schweinefleisch zu bremsen. Sie wurden jedoch den Gemeinden für Erwerbslose zur Verfügung gestellt und zu einem Preise von 15 cents statt des normalen Preises von 70 bis 80 cents pro Pfund abgegeben. — Es geht also auch anders!

Berichtigung: Im Aufsatz „Deutsch-Oesterreichs Wirtschaft 1932“ in Nr. 316 beziehen sich die Preise für Butter und Zucker auf ein Kilo, nicht — wie dort angegeben — auf ein Pfund.